- fritz lamm: demokratischer faschismus
- wolfgang abendroth: spd-parteitag
- hans meister: schule im dorf belassen?

neue kritik 12

august 62

D 7739 F

neue kritik-leser werben neue kritik-abonnenten

neue kritik analyse information neue wege

Eberhard Dähne	3	Aspekte unserer Arbeit
Fritz Lamm	6	Demokratischer Faschismus
Wolfgang Abendroth	15	Der Kölner Parteitag der SPD
Hans Meister	18	Die Schule im Dorf belassen?
Manfred Liebel	22	Weltjugendfestspiele
Diether Sterzel	22	Buchhinweise
M. L.	23	Zeitschriftenhinweise
	24	Redaktionelle Mitteilungen

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
nr. 12, august 1962, 3. jahrgang
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung des bundesvorstandes oder der redaktion dar.
redaktion: peter brokmeier, rainer funke, diethard kars, hellmut lessing, manfred liebel, jürgen schaltenbrand (verantwortlich), unter mitarbeit des arbeitskreises „neue kritik".
redaktionsvertretung: claus offe, berlin-wilmersdorf, güntzelstr. 19/20

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen, die mitarbeit ist unentgeltlich.
verlag und redaktion: frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.
neue kritik erscheint in den semestermonaten (7 hefte jährlich).
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— (zuzüglich porto).
jahresabonnement: dm 7,— (einschl. porto). bezug über den verlag.
anzeigen: j. h. horlemann, frankfurt a. m., ginnheimer landstr. 40.
erscheinungsort: frankfurt am main.
postscheckkonto: 55191 pscha. ffm.
umschlagentwurf: ann lamche.
druck: orbis-druck, berlin.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

Aspekte unserer Arbeit

Eberhard Dähne

Seit dem Beschluß des SPD-Parteivorstandes, der die Unvereinbarkeit mit dem SDS und seiner Förderergesellschaft dekretierte, sind 8 Monate vergangen. Unser Verband, der diese — seit dem Kölner Parteitag — endgültige Trennung von der SPD ohne Einengung seiner politischen Position, ohne Beeinträchtigung seiner praktischen Arbeit überstanden hat, steht heute an einem Punkt, der die Ausweitung unserer Diskussion über den weiteren Weg des Verbandes notwendig macht.

Die Diskussion um das Selbstverständnis und die Perspektiven des SDS ist seit dem Sommer 1959 nicht abgerissen. Fraktionskämpfe spiegelten sich auf dem 'Frankfurter Kongreß', auf der Göttinger Delegiertenkonferenz, ehe von außen die massiven Versuche gestartet wurden, den SDS 'auf Vordermann zu bringen': die Distanzierung der SPD vom SDS, die Gründung eines parteikonformen Hochschulbundes, die Sperrung der Bundesjugendplan-Gelder. In diesem Prozeß der Selbstverständigung, der in der Abgrenzung des Verbandes von der DFU ebenso seinen Ausdruck fand, wie schließlich in der Gründung der Sozialistischen Förderergesellschaft, zeichnete sich für eine wachsende Mehrheit der zentrale Punkt immer deutlicher ab: es galt den SDS als unabhängige Organisation zu erhalten. Es gibt heute im SDS keine Gruppierung mehr, die nicht der Meinung wäre, daß ein sozialistischer Studentenverband einzig in organisatorischer Unabhängigkeit gedeihen kann.

Das heißt aber, daß die Diskussionen heute eine andere Qualität bekommen haben, denn es geht darum, den Standort und den weiteren Weg eines unabhängigen Studentenbundes zu diskutieren, sich abzeichnende neue Abhängigkeiten frühzeitig zu erkennen und ihnen zu entgehen. Die Reflektion über unsere gegenwärtigen Aufgaben und Möglichkeiten darf nicht das Privileg einiger sein, denen Funktionen übertragen wurden. Wir können die Probleme, vor denen wir stehen, nur bewältigen, wenn jeder von uns weiß, daß es seine Probleme sind, und wenn wir alle versuchen, in gemeinsamer Arbeit und fruchtbarer Auseinandersetzung ihre theoretische und praktische Bewältigung voranzutreiben.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund findet sein Betätigungsfeld in erster Linie an den Hochschulen. Wenn wir immer wieder betont haben, daß unserem Verband eine entscheidende Funktion an den Hochschulen zukommen kann, so ist das mehr als eine bequeme Floskel.

Wir haben in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, daß die Hochschulen keine Inseln innerhalb der Gesellschaft sind; wir haben vor den verhängnisvollen Folgen gewarnt, die solch einem Bewußtsein einer ‚splendid isolation' entspringen müssen. Die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik hat längst ihren Niederschlag in der Hochschulwirklichkeit gefunden. Während allerorten an unzureichenden Vorschlägen zur Hochschulreform gebastelt wurde, schlitterte die Hochschule in eine ihrer schwersten Krisen hinein. Tausende von Studenten finden weder einen Studienplatz noch ein Zimmer, Vorlesungen und Seminare platzen aus allen Nähten. Eine bedrohliche Schere öffnet sich zwischen dem ständig wachsenden Bedarf an qualifiziertem wissenschaftlichen Nachwuchs und dem quantitativen und qualitativen „Ausstoß" der Hochschulen. Gleichzeitig nehmen die Entpolitisierung der Studentenschaft und die Versuche der Ausschaltung der studentischen Selbstverwaltung beängstigende Formen an. Die zunehmende Isolierung des Verbands Deutscher Studentenschaften auf internationalem Gebiet war schließlich der auslösende Faktor für die Initiativen der Vorstände des VDS, in deren Argumentation wesentliche Teile unserer Kritik eingingen.

Unsere im vergangenen Herbst veröffentlichte Denkschrift „Hochschule in der Demokratie" faßt unsere Kritik am westdeutschen Hochschulbetrieb zusammen und formuliert mögliche und nötige Strukturveränderungen. Mehr als bisher muß in den Hochschulgruppen des SDS unsere Denkschrift zum Ausgangspunkt unserer hochschulpolitischen Aktivität werden. Wenn wir es mit der kritischen Funktion des SDS an den Hochschulen ernst meinen, müssen wir heute mehr denn je jede Gelegenheit ausnützen, um unsere Thesen in der studentischen Öffentlichkeit zu verbreiten. Dies sollte in jeder Gruppe durch einen hochschulpolitischen Arbeitskreis vorbereitet werden und kann in den mannigfaltigsten Formen geschehen: aktive Teilnahme an der studentischen Selbstverwaltungsarbeit, an den Parlamentswahlen, an Diskussionen und Veranstaltungen. Dies gilt um so mehr, als im Frühjahr 1963 der nächste Studententag stattfinden wird.

II

Für uns sozialistische Studenten ist unsere Kritik an der Hochschule nur ein Teil der umfassenderen Kritik an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen — unsere Hochschulpraxis nur Teil unserer sozialistischen Praxis. Welche Möglichkeiten haben wir? Welche Aufgaben stellen sich uns?

Die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß es keine nennenswerte Gruppierung gibt, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung — in der die Menschen nur manipulierte Objekte und keine Subjekte

politischer Bewegung sind — in Frage stellt. Ansatzpunkte für eine sozialistische Praxis sind deshalb jene Gruppierungen, die bisher ausschließlich Kritik an Teilaspekten unserer Gesellschaft üben. Die Pazifisten demonstrieren gegen Krieg und Atombombe, aktive Christen beider Konfessionen schließen sich diesem Protest aus überwiegend moralischen Erwägungen an, der bewußte Teil der Arbeiterjugend rebelliert gegen die Gleichschaltungsversuche der Bürokraten in Partei und Gewerkschaften, Schriftsteller drücken ihr Unbehagen angesichts der wachsenden Entpolitisierung und geistigen Entmündigung der Menschen aus. Nur wenige üben ihre Kritik im Sinne eines positiven Radikalismus, der die Wurzeln des „Übels" aufzeigt und über die Kritik an Symptomen hinausweist.

Sichtbarster Ausdruck dieser Teilopposition ist heute die Ostermarschbewegung. Durch aktive Teilnahme an Diskussionen, Seminaren und Veranstaltungen der örtlichen Ostermarsch-Ausschüsse und durch die Teilnahme an den Ostermärschen selbst müssen wir stärker als bisher versuchen zu zeigen, daß das Problem der atomaren Rüstung im Zusammenhang mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen werden muß. Auch Christen und Pazifisten kann man klarmachen, daß Atombomben nicht einfach vom Himmel fallen und daß ein isolierter Protest letztlich pazifistische Seelenberuhigung bleiben muß.

Manch einer wird nun die berechtigte Frage stellen, aus welchem Grunde denn die Ostermarschbewegung oder die Ergebnisse der Gewerkschaftsjugendkonferenzen Ansätze für eine erfolgreiche Arbeit bieten können. Gab es nicht schon viele Jugendkonferenzen, auf denen man alle möglichen Beschlüsse faßte, die nicht realisiert wurden? Gab es nicht schon einmal eine Massenbewegung von gewaltigem Ausmaß gegen die Atombewaffnung?

Die neue Oppositionsbewegung scheint sich uns von allen bisherigen dadurch zu unterscheiden, daß sie von vorneherein illusionslos eingeleitet wurde. Keiner setzt heute mehr voraus, daß SPD oder DGB — die großen traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung — noch irgendwelche Unterstützung leihen. Hat man doch erfahren, wie die Anti-Atom-Kampagne 1958/59 aus opportunistischen Gründen narkotisiert wurde; weiß man doch von der schwankenden Haltung jener beiden Institutionen in der für die Demokratie so zentralen Frage der Notstands- und Notdienstgesetzgebung. Trotz jahrelangen Geheules des antikommunistischen Verketzerungschores, trotz Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Pressionen aller Art formiert sich heute ein neuer, fast ausschließlich von der Jugend getragener politischer Widerstand. Was mußte alles geschehen, ehe sich Vertreter eines großen Teils der Gewerkschaftsjugend auf ihren Kongressen gegen alle Versuche politischer Entmündigung zur Wehr setzten!

Herbert Wehner — vom Kölner SPD-Parteitag mit der geringsten Stimmenzahl in den Parteivorstand gewählt - publizierte am 1. Mai einen Gemeinsamkeitsaufruf in der „Welt der Arbeit", der in der Feststellung gipfelt: „Aufeinander angewiesen sind die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, wenn sie nicht einem chaotischen Durcheinander die Schleusen öffnen wollen, durch das jede Seite geschädigt werden würde." Auf solch einem Hintergrund der Vertuschung aller gesellschaftlichen Gegensätze erhält eine Äußerung des Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Paulssen, eine ganz besondere Note. Paulssen antwortete vor kurzem auf die Frage, warum man den Lohnforderungen der Gewerkschaften nachgäbe: Arbeitskämpfe seien eine politische Belastung, „die man ohne Notstandsgesetz und ohne Eingriffsmöglichkeiten des Staates nicht habe riskieren können". Ein deutlicherer Beweis für unsere Analyse, derzufolge das Notstandsgesetz eine reale gesellschaftliche Funktion zu erfüllen hat, läßt sich kaum erbringen.

Nicht nur an solchen Zitaten (deren Liste man beliebig verlängern könnte), läßt sich der autoritäre Trend in der Bundesrepublik ablesen. Gerade die Ostermarschbewegung und das Aufbegehren der Arbeiterjugendorganisationen sind ein eindeutiger Beleg für die sich bildende Gegentendenz, die — unabhängig von den bestehenden Apparaten — immer weitere Teile der Arbeiterjugend umfaßt. Es mag dahingestellt bleiben, ob eine Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder in der gleichen Form der Gegenreaktion denkbar wäre; immerhin deutete sich in der Lohnbewegung in der Metall-

■ neue kritik abonnieren

industrie eine ähnliche Entwicklung an. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns in der Bewertung dieser Tendenzen und ihrer möglichen Auswirkungen vorsichtig gemacht — wir dürfen sie nicht überschätzen. Aber es wäre gewiß ebenso falsch, sie zu ignorieren. Im Gegenteil kommt es für uns darauf an, dort, wo es uns möglich ist, Aufklärungsarbeit zu leisten, indem wir die realen Fronten in dieser Gesellschaft aufzuzeigen versuchen. Damit unterstützen wir auch alle jene Genossen und Kollegen in den verschiedensten Teilorganisationen von Partei und Gewerkschaften, die ihren Kampf gegen bürokratische Bevormundung nicht aufgeben. Schließlich ist für uns diese Arbeit (etwa in der Form von Referaten und Seminaren) auch deshalb wichtig, weil wir immer wieder gezwungen sein werden, unsere Position zu überprüfen. Der lebendige Kontakt mit allen linken Strömungen in der Bundesrepublik trägt mit dazu bei, uns vor einer Isolation zu bewahren.

Die Bewältigung unserer Aufgaben in dieser Situation setzt voraus, daß wir immer wieder von neuem die Ergebnisse unserer Analyse mit der Realität konfrontieren. Die finanzielle Notsituation unseres Verbandes, die es uns verbietet,

in einem genügenden Ausmaß Seminare abzuhalten und Schulungsmaterial zu verbreiten, erschwert uns diese Voraussetzung jeder sinnvollen politischen Aktion. Wenn wir trotzdem an der Entwicklung eines kritischen Bewußtseins aktiv mitwirken wollen, müssen wir noch stärker als bisher die wenigen Möglichkeiten, die uns geblieben sind, ausnützen. Dazu gehört nicht zuletzt die genaue und sorgfältige Lektüre der „neuen kritik" und die Wahrnehmung der Möglichkeit, einen Teil unserer Diskussion in ihr auszutragen.

III

Der Kölner Parteitag der SPD leitete eine neue Phase unserer Diskussionen ein. Er machte mit aller Deutlichkeit klar, daß die SPD aufgehört hat, eine lebendige Mitgliederpartei zu sein. Es gehört zu den Aufgaben jedes Sozialisten, sich kritisch mit der Programmatik und der politischen Praxis dieser Partei auseinanderzusetzen. Gerade weil die SPD von vielen arbeitenden Menschen als ihre Interessenvertretung angesehen wird, muß diese Arbeit geleistet werden.

In diesem Zusammenhang wird von vielen Genossen die Problematik einer linken Alternative zur SPD diskutiert. Auf einem vom Landesverband Nordrhein-Westfalen des SDS und der Förderergesellschaft veranstalteten Seminar wurde eine Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt: „... Für uns Sozialisten entsteht in dieser Lage die politische Aufgabe, die reale Funktion der SPD in unserer Gesellschaft aufzudecken. Auf lange Sicht kann diese aufklärende Arbeit nur dann politisch wirksam werden, wenn es gelingt, demokratischen Gruppen eine neue Orientierung zu geben, und sie organisatorisch zu sammeln. Darin sehen wir die dringlichste Aufgabe der sozialistischen Studenten und all derjenigen, die sich zur neuen Linken rechnen."

In einem Aufruf des Bundeskuratoriums der Sozialistischen Förderergesellschaft nach dem Kölner SPD-Parteitag wird unter anderem davon gesprochen, daß „... es nunmehr unsere Aufgabe sein (wird), das unverlierbare Erbe des demokratischen Sozialismus, der Humanität und der Geistesfreiheit gegen jede Form der Menschenverachtung in Ost und West zu verteidigen, die zukunftsoffenen Gruppen in unserem Volke zu sammeln und, im Bündnis mit den unverbrauchten Kräften einer neuen und vorwärts drängenden Generation eine neue politische Kraft zu schaffen, die die dunkle Hinterlassenschaft der deutschen Geschichte endlich durch die Verwirklichung einer menschenwürdigeren Gesellschaft überwindet."

Beide Veröffentlichungen können zunächst nichts anderes als Diskussionspapiere sein. In ihnen wird zum Ausdruck gebracht, wie wichtig es sei, eine neue politische Kraft zu bilden, die den Versuch unternimmt, oppositionelle Strömungen in der Bundesrepublik zu sammeln und sie in freier Diskussion zu formen. Dieses Bemühen werden die meisten von uns unterstützen.

Als Studentenverband müssen wir uns aber darüber im klaren sein, welche Grenzen unserer Mitwirkung bei einer Sammlung sozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik gesetzt sind. Der SDS kann sich niemals als Gesamtverband in diesem Sinne engagieren. Oberstes Gebot unserer politischen Praxis ist die Erhaltung unserer organisatorischen und geistigen Unabhängigkeit. Wir wissen alle, daß im SDS eine Vielzahl von Meinungen vertreten werden, die nicht auf irgendeine politische Gruppierung ausgerichtet werden können und dürfen. Es ist für einzelne Gruppen und Mitglieder opportun, sich an solchen Vorhaben zu beteiligen. Falsch und verhängnisvoll wäre es aber, wenn dabei der Versuch unternommen würde, den SDS auf eine bestimmte Linie festzulegen, die ihm seine Vielfalt und letztlich damit auch einen guten Teil seiner Wirkungsmöglichkeiten nähme.

Die beiden genannten Veröffentlichungen werfen eine Reihe von Problemen auf, die jedoch zunächst alle auf die Hauptfrage abzielen: wie soll sich diese neue politische Kraft organisieren? Wie soll die Form sein, in der sie zu arbeiten hat? Auf der einen Seite ist es durchaus vorstellbar, daß „Sammlung" in einer Weise geschieht, die das Ende aller Bemühungen in dieser Richtung bedeuten würde. Andererseits erfordert allein die Tatsache, daß es eine Fülle von Ansatzpunkten für uns gibt, eine Bewegung, die volle Diskussionsfreiheit sichert, die allein garantiert, daß man sich wechselnden Situationen anpassen kann.

Unter konkretem Bezug auf die Förderergesellschaft würde das bedeuten: es kommt nicht nur auf die Mitgliedschaft an, sondern auch darauf, daß jede einzelne Gruppe einen Kreis von Interessenten um sich sammelt, der an Diskussionen teilnimmt, ohne sich zunächst organisatorisch festlegen zu wollen. Die Beweglichkeit erstreckt sich in ähnlicher Weise, z. B. auf ein Phänomen wie den Ostermarsch. Man kann nicht erwarten, den Ostermarsch in kurzer Zeit zu einer Bewegung bewußter Sozialisten umzugestalten. gerade hier zeigt es sich, daß man mit Beharrlichkeit auf verschiedenen Ebenen diskutieren muß.

Zu einer Sekte wird eine politische Gruppe dann, wenn andere Meinungen nicht mehr gehört werden, wenn man sich selbst einbildet, den Schlüssel zu allen Lösungen in der Tasche zu haben und der „straffen" oder „schlagkräftigen Organisation" Wunderwirkung zumißt. Die Organisationsformen einer jeden politischen Bewegung müssen ihren Aufgaben angepaßt sein. Die Aufgaben, vor denen wir heute stehen, können sämtlich in Zusammenarbeit zwischen SDS, der Sozialistischen Förderergesellschaft und anderen linken Gruppierungen gelöst werden, ohne daß wir unsere ohnehin schwachen Kräfte für eine neue Organisation verzetteln sollten. Dabei können wir keine Rücksicht auf die Genossen nehmen, die aus Phantasielosigkeit unbedingt ihren Verein („Neue Linke e. V.") haben wollen, — etwa nach dem Motto: Schwach und klein, sauber

und fein. Etwas anderes ist unter den heutigen Bedingungen nicht möglich.

Ich habe versucht, einige Aspekte unserer Arbeit, die mir wichtig erscheinen, zu charakterisieren. Als sozialistische Studenten müssen wir erkennen, daß es keine isolierten Probleme gibt, die nicht in den Zusammenhang von Überlegungen über den weiteren Weg sozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik gehören. Diese immer wieder gestellte Aufgabe, in jeder Weise auf die Forderungen des Tages zu reagieren, ist das einzige Mittel, das uns heute vor Isolation und Sektendasein bewahrt. Wir müssen immer dagegen ankämpfen, uns in eine starre fest umrissene politische Position abdrängen zu lassen, Mauern von endgültigen Weisheiten um uns zu errichten und darauf zu verzichten, nach immer neuen Ansatzpunkten unserer Arbeit zu suchen, die uns dem Ziel einer geeinten demokratischen Gesellschaft näherbringt.

Demokratischer Faschismus

Franz Lamm

1. Faschismus ist nicht gleich NS-System

Da sagt einer: „ich habe nichts gegen die Juden" und hält sich dann schon für einen Antifaschisten. Die Judenvernichtung und die Rassentheorie sind nicht allgemeingültig für den Faschismus. Sie kennzeichnen nur die besondere Abart der deutschen Schreckensherrschaft, die zeitweise zur führenden Kraft des internationalen Faschismus wurde.

Die Gleichung: Faschismus ist Hitler-Nationalsozialismus ist sachlich irreführend und geschichtlich falsch. Ebenso wie es im kommunistischen Lager Unterschiede gibt: China, Jugoslawien, Polen, UdSSR (und in diesem einen Lande die stalinistische und die nachfolgende Epoche), ebenso wie es reichlich unterschiedliche Demokratien gibt, so gab und gibt es verschiedene Formen des Faschismus. Es war nicht abwegig, die Dollfuß-Schuschnigg-Epoche als Austro-Faschismus zu bezeichnen; es ist nicht abwegig, viele latein-amerikanische Regierungen faschistisch zu nennen. Griechischer, italienischer, polnischer, rumänischer Faschismus unterschieden sich nicht nur in der Hemdfarbe vom deutschen. Es gibt hierzulande Hitlergegner, die sich als Antifaschisten bezeichnen, aber keine Gegner Francos und Salazars sind. Es ist berechtigt, von einem drohenden Kleriko-Faschismus, sogar einem europäischen, zu sprechen. Ist es verfehlt, zu untersuchen, ob es auch einen demokratisch getarnten, einen Mehrparteien-, einen Konjunktur-Faschismus geben kann — und zu zeigen, wie weit der Weg schon beschritten ist, der zu dieser neuen Form der Diktatur führt?

Jede Abhandlung und jede Diskussion ist erleichtert, wenn die verwendeten Begriffe unmißverständlich sind. Da sie aber auch allgemein verstanden werden sollen, kann nicht einfach ein neues Wort erfunden und gesetzt werden. Die beste Bezeichnung wäre wohl Neo-Faschismus, da es sich um eine neue, aber im Grunde faschistische Art der parlamentarischen Staatsform handelt. Dieser Ausdruck wird aber bereits gebraucht, und zwar auch falsch. Man bezeichnet damit die reaktionären Bewegungen, die den altbekannten Faschismus zurückbringen möchten. Demo-Faschismus ist mißverständlich, da sich die faschistischen Regierungen zeitweise auf eine Massenbasis stützen konnten. Es sind manchmal völlig schiefe Wortverbindungen in den Sprachgebrauch gekommen. So bezeichnete man die für den ersten Weltkrieg neue Wirtschaftskonzentration als Kriegskommunismus, obwohl dieser in Zweck und Inhalt vom Kommunismus so verschieden war wie ein Hahn an der Gasleitung von einem Gockel. So sprach auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Hinblick auf die Entwicklung in Argentinien von einer „demokratischen Militärdiktatur". Die Wortverbindung „demokratischer Faschismus" kann aber nützlich sein, wenn sie anregt, bestimmte Entwicklungen in ihrem wahren Inhalt und unabhängig von der äußeren Erscheinungsform zu erkennen. Nach dieser vorbeugenden Abgrenzung wird es — hoffentlich ohne mißverstanden zu werden — möglich sein, den Begriff des parlamentarischen, also des Mehrparteien-Faschismus zu untersuchen.

2. Ein System ohne politische Theorie

Der Faschismus hat keine Theorie und keine Ideologie. Er entsteht in der Übergangsepoche vom freien Konkurrenz-Kapitalismus zum organisierten Kartell- und Monopolkapitalismus. Führt die Wettbewerbswirtschaft auf einer hohen Stufe der Entwicklung zu derart einschneidenden Krisen, daß diese mit den herkömmlichen Mitteln nicht gelöst werden, dann finden die Gesamtinteressen zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise ihre Lösung in faschistischen Diktaturen. Das war vor allem in den Staaten der Fall, in denen die ökonomischen Reserven zur Lösung der Krise sehr gering gewesen sind, weil der Kapitalismus noch nicht genügend entwickelt war (Balkanländer, Spanien, Portugal) oder weil durch Niederlage im Krieg, Inflation und internationale Krise besonders heftige Erschütterungen erfolgten (Italien, Deutschland). Diese Krisen, von denen große Massen der

Arbeitnehmerschaft und des Kleinbürgertums hart betroffen sind, bedrohen den Kapitalismus. Die verschiedenen Gruppen der Industrie und der Landwirtschaft finanzieren zu ihrem Schutz die faschistischen Bewegungen, die mit antikapitalistischer Demagogie die Massen zu gewinnen suchen. Das gelingt ihnen, indem sie an sachlich bereits überholte, im Bewußtsein der Massen noch lebendige Vorstellungen anknüpfen. Sie treten antikapitalistisch auf — und verteidigen das Privateigentum, was dem Betroffenen leicht eingeht, da ja sein eigenes in der Krise zerschmolzen ist. Sie rufen nach dem starken Mann, was den Betroffenen um so mehr lockt, als er seine wirtschaftliche Sicherheit verloren hat. Sie weisen auf den bösen Feind, der das Volk besiegt oder von innen ausgehöhlt hat und lenken damit vom eigenen Kapitalismus als Ursache ab. Sie mobilisieren vor allem das Kleinbürgertum, das in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse seinen Hauptfeind sieht. Sie appellieren an die Tradition der nationalen Gefühle, diesen hoffnungsvollen Goldglanz, der durch die allgemeine zivilisatorische Entwicklung und die koloniale Ausbeutung bei wachsendem Reichtum aller Schichten in der Epoche des erstarkenden Bürgertums erzeugt wurde. Dieser Glanz kann nur wiedergewonnen werden mit starker militärischer Macht.

Der Faschismus hat weder Theorie noch Ideologie. Sein geschichtliches Werden als Instrument zur Erhaltung des Kapitalismus bietet ihm nur die Negation von allem, was nach Freizügigkeit und Fortschritt riecht. Antikommunismus, Antisozialismus, Antiliberalismus werden zum Inhalt der Bewegung und System. Aus verschiedenen philisophischen und pseudo-

■ neue kritik abonnieren

wissenschaftlichen Gegenden sucht der Faschismus die Brokken zusammen, die ihn geistig stützen sollen. Die Verabsolutierung des Staates als der Geschichte innewohnender Sinn wird von Hegel genommen, der Übermensch als Führer mit dem Willen zur Macht um der Macht willen von Nietzsche, die abendländische Wiedererweckung und die Herrschaft der einst glanzvollen Nation oder der berufenen Rasse von Gobineau bis Spengler. Die faschistische Bewegung entsteht als Partei; ihr Totalitäts-Anspruch führt sie zum Kampfe gegen das Parteiwesen und zum Einparteistaat.

Die Monarchie ist für den Faschismus kein Hindernis, wenn sie bereit ist, sich mit einer repräsentativen Rolle zu begnügen. Mit der Kirche ist der Faschismus überall schnell einig geworden. Die Erziehung zur Demut und zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, die Vertröstung auf das bessere Jenseits, die Wissenschaftsfeindlichkeit und die Erwartung von Wundern durch Gottes Fügung kommen dem Faschismus entgegen. Den Forderungen der bürgerlichen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" aber stellt der Faschismus die Formel gegenüber: „Ordnung, Autorität und Gerechtigkeit".

3. Die Entstehung des Faschismus, seine gesellschaftliche Funktion

Die faschistische Staatsform dient der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesamtinteressen in nationalem Rahmen in der Epoche der Strukturkrise des Kapitalismus. Oder anders ausgedrückt: In den Ländern, in denen der klassische Kapitalismus auf seinem Siegeszug nicht seinen Ausdruck und Ausgleich durch die bürgerliche Demokratie gefunden hat, mußte er sich später mit „Blut und Eisen", mit Diktatur und Terror durchsetzen.

Je mehr in der kapitalistischen Aufstiegszeit sich die Klassenscheidung in nationalem Rahmen durch die freie Konkurrenzwirtschaft verschärfte, um so mehr mußte der Staat als ausgleichender Faktor wirken. Je mehr der Staat die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der nationalen Grenzen gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu schützen bereit sein mußte, um so mehr verquickten sich die Interessen der Wirtschaft mit denen des Staates. Der unerwartete Zuwachs des gesamten Reichtums innerhalb der industriellen Entwicklung ermöglichte es, die Arbeitermassen durch verbesserten Lebensstandard an die Wirtschaft und durch Sozialgesetze an den Staat zu binden. Sie bekamen ein Vaterland. Der Staat übernahm mehr und mehr Aufgaben, mit denen er die Wirtschaft in seinen Grenzen entlastete und nach außen schützte. Die „öffentliche Hand" organisierte das Verkehrswesen, das Bildungswesen, die allgemeine Wehrpflicht und anderes mehr.

Der Staat selbst wird in wachsendem Maße Wirtschafter. Er braucht immer mehr Steuern, mehr Verwaltung, mehr Polizei, mehr Gerichte. Die Zentralisierung wird immer notwendiger. Unbeschadet der auf vielen Teilabschnitten der Wirtschaft im Staate noch bestehenden freien Konkurrenz, beginnen die nationalen Interessen der entscheidenden Faktoren der Wirtschaft um die Vorrangstellung auf der Erdoberfläche zu kämpfen. Der große Krieg 1914 bis 1918 ist der blutige Ausdruck dieser Kämpfe. Er führt keine eindeutigen Entscheidungen herbei. Trotz Schwächung durch Krieg und nachfolgende Krisen konnte die bürgerliche Demokratie in den Siegerländern erhalten bleiben.

Die Staaten, die den Krieg verloren, waren gerade die, die spät in die industrielle Produktion eingetreten waren und die mit ihren Ansprüchen auf dem Weltmarkt durch die damit notwendige Dynamik als die Kriegsschuldigen erschienen. Ihre Wirtschaft war ungleichmäßig und schnell entwickelt worden. Die Niederlage schnitt sie erst recht von den außer Landes liegenden Reserven ab. Sie sollten Reparationen zahlen. Damit wurden die Krisen im nationalen Rahmen derart vertieft, daß sie mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie nicht mehr gelöst werden konnten.

Italien war das erste Land, in dem die soziale Krise mit beson-

derer Heftigkeit in Erscheinung trat und die verschiedenen Wirtschaftsinteressen nicht mehr durch Koalitionen von Interessentenparteien ausgeglichen werden konnten. Mussolini hielt daher den Faschismus für eine besondere national-italienische Angelegenheit und Erfindung. Als der Faschismus sich auch in anderen Ländern ausbreitete, erklärte er: „Italien hat den Faschismus nicht in andere Länder gebracht. Die Weltgeschichte hat sie zu uns geführt." (1932: gesammelte Reden und Schriften). Internationale Bindungen faschistischer Staaten und Parteien bahnten sich an — trotz nationaler Verschiedenheiten — bei gemeinsamen Interessen gegen die Siegerstaaten, gegen die Sowjetunion und gegen nationale und soziale Aufstiegsbewegungen unterdrückter Völker und Klassen.

4. Rüstungskonjunktur als Fundament

Sämtliche faschistischen Staaten haben die kapitalistische Krise durch die gewaltige Entwicklung der Rüstungsindustrie, des militärischen Apparates und durch die strategische und wirtschaftliche Vorbereitung auf eine totale Kriegsführung, sei es mit staatlichen Mitteln oder durch staatlichen Druck auf die Wirtschaft beseitigt. Eine — viel zu wenig beachtete — Parallele der faschistischen Konjunktur zur derzeitigen in den entscheidenden Westblockländern, besteht in der ungeheuren Aufrüstung mit der freundlichen Nebenwirkung, daß keine ernsthaften Krisen aufkommen. Außer der Rüstungskonjunktur gibt es noch wesentliche krisenhemmende Faktoren (die neo-koloniale Ökonomie der Entwicklungshilfe; der gesellschaftliche Umbau auf Anwendung der Atomenergie und der Automation; die Wirtschaft der „großen Verschwendung" und vieles mehr), aber die Rüstungsindustrie verschlingt bei weitem die größten Überschüsse der allgemeinen Wirtschaft. Weit mehr als ein Viertel der Haushaltspläne werden offen für militärische Zwecke ausgegeben. Darin sind meist die Ausgaben für Forschungszwecke, so sie auch der Waffentechnik dienen, nicht enthalten.

Während in den entwickelten Industriestaaten die Kriegsvorbereitungen die Konjunktur fördern und die Krisen hemmen, ist es in den zurückgebliebenen Staaten mit einer industriell unterentwickelten Potenz genau umgekehrt. Die militärischen Lasten hemmen dort den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau.

5. Der „offene Faschismus" als letztes Mittel

Fritz Sternberg schrieb 1932 in seinem Werk „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus" (S. 343): „Einflußreiche Kreise des Monopolkapitals haben fraglos die Tendenz, solange es geht, ohne offenen nationalsozialistischen Faschismus auszukommen." Diese Tendenz ist inzwischen wesentlich gewachsen. Denn die demokratischen Freiheiten sind zum entscheidenden Propagandamittel gegenüber den kommunistischen Staaten geworden. Das hindert die großkapitalistischen Mächte natürlich nicht, sich mit faschistischen Regimen zu verbünden und diese zu unterstützen. Im wesentlichen geht es ihnen um die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung, nicht um Parlamentarismus und individuelle Freiheit. Konjunkturzeiten, d. h. Vollbeschäftigung und relativ hohe Massenkaufkraft, sind niemals ein Zeichen geringerer Ausbeutung. Im Gegenteil: je gesicherter die Lebensbedingungen einer ausgebeuteten Klasse sind, um so leichter ist sie bereit, sich ausbeuten zu lassen. Es ist purer Unsinn, zu behaupten, die Kapitalisten „machen" Krisen. Keiner verzichtet freiwillig auf die Erhöhung des Kapitals, keiner begibt sich freiwillig in Gefahr. Die Krisen entstehen aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise. Brechen Krisen aus, dann ist dem Kapitalismus jedes Mittel der Demagogie und des Terrors recht, die bisherige Produktionsweise zu schützen. Schon bei geringen Krisenerscheinungen schränken die Demokratien die bürgerlichen Freiheiten ein, angeblich um sie zu retten. Sie beschränken — solange es geht, mit gesetzlichen Mitteln — die Kampfmöglichkeiten der Gewerkschaften, verbieten kommunistische Parteien, verfolgen und diffamieren radikal-sozialistische und pazifistische Strömungen und Organisationen. Mit Rücksicht auf die antibolschewistische Propaganda, vor allem auch bei den bisher unentwickelten Völkern, ist ihnen das Aufkommen des offenen Faschismus durchaus unerwünscht.

6. Der Kapitalismus vor neuen Problemen

Wenn der Faschismus das letzte und brutale Mittel des Kapitalismus in der Krise ist, sind wir dann nicht sicher, ihn durch beständige Konjunktur zu verhindern? (An dieser Beständigkeit zu zweifeln, ist heute eine Art von geistigem Hochverrat.) Ist es dann nicht Unsinn, vom Faschismus zu sprechen und das Gespenst an die Wand zu malen, das — wenn auch in verschleierter Form — auf uns zukommen wird?

Die Entwicklung des Kapitalismus ist nicht gebremst worden und sie schreitet weiter voran. Der Kapitalismus hat die nationalen Grenzen überschritten. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik haben längst die kleinen nationalen Räume zu anachronistischen politischen Gebilden werden lassen. Wir wirtschaften, politisieren, militarisieren in Machtblöcken verschiedener Nationen. „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren". Die Transformations-Epoche, in der wir uns befinden, ergreift das ganze Denken, Fühlen und Handeln der Menschen, also auch der ausgebeuteten Klasse und ihrer Institutionen. „Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um" (Marx: Vorwort zur ‚Politischen Ökonomie'). Die Schwerpunkte des Klassenkampfes haben sich verschoben. Haben sich in den hochindustrialisierten Ländern mit dem ungeheuer gewachsenen Reichtum der Gesellschaft die Klassengegensätze scheinbar abgeschwächt, so

sind sie zu einem internationalen Phänomen geworden. Ungeachtet der bestehenden harten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Lohnarbeit in den führenden Industrienationen, sind mit den Veränderungen innerhalb der gesamtkapitalistischen Politik auch die Gegensätze innerhalb der unterdrückten Klasse über die nationalen Grenzen hinausgegangen. Die hungernden Völker kämpfen gegen die saturierten.

7. Bedeutet Wirtschaftskrise heute Krieg?

Die Gesamtinteressen zur Erhaltung des Kapitalismus sind viel weniger als früher durch Krisen innerhalb eines nationalen Wirtschaftsgebietes bedroht. Je mehr Staat und Wirtschaft verquickt sind, je mehr die „Öffentliche Hand" Arbeitgeber geworden ist, je mehr die Regierungen in Form von Entwicklungshilfe den Export finanzieren, je mehr sie für die Vorbereitung des totalen „Verteidigungs"krieges ausgeben, um so mehr Mittel haben sie, Krisen zu vermeiden oder doch mildernd und regulierend einzugreifen. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß künftige Krisen gleich in den Krieg umschlagen, daß sie als Weltkrieg in Erscheinung treten.

Der Aufbau einer gewaltigen Weltkriegsmaschine mit allen finanziellen, geistigen, militärischen und psychologischen Investitionen kann seine eigene Logik haben und sich gegen die Vernunft der Staatsmänner selbständig machen. Hitler und Mussolini haben den Krieg nicht gefürchtet, ihr Cäsarenwahn hat sie gelockt, die beschränkten Bedingungen haben sie verführt. Sie haben den Krieg für schier unvermeidlich gehalten — und darin gleichen ihnen in gefahrvoller Weise die Militärpolitiker unserer Zeit. Auch Hitler und Mussolini haben nur von Verteidigung gesprochen und sie haben bei Kriegsausbruch den Zeitungslesern und Rundfunkhörern vorgetäuscht, daß sie angegriffen worden seien. Zudem weiß die Militärwissen-

■ neue kritik abonnieren

schaft seit alten Zeiten, daß der Angriff eine gute Verteidigung ist. Das vernünftige Ziel aller Kriegsführung muß es sein, die Schlachten im Feindesland auszutragen und die Heimat — wenn möglich — zu verschonen. So haben auch sie immer wieder erklärt, daß das Ziel ihrer Aufrüstung sei, ihren Völkern den Frieden zu sichern — und jeglichen möglichen Angreifer abzuschrecken.

Auch heute ist der „Antibolschewismus" die eigentliche Idee, das negative Ideal der kapitalistischen Mächte. Auch heute folgt die Politik der Strategie, anders also als in früheren Zeiten. Auch heute ist die Politik der Stärke das Rückgrat und die Richtschnur aller Politik. Der Kapitalismus kann seine stärkste Potenz, die allumfassende Rüstung nicht einfach liquidieren und abschreiben, solange er sich nicht selbst aufgeben will. Gerade darin erweist sich die Logik der Tatsachen wieder der menschlichen Vernunft überlegen.

8. Die veränderten Klassenkonflikte

Der Kapitalismus hat in seiner Entwicklung die nationalen Grenzen überschritten. Er ist wenig bedroht von den in der Konjunktur scheinbar saturierten Arbeitnehmern im eigenen Bereich. Die klassische Kolonialpolitik der brutalen Ausbeutung rückständiger Gebiete, in denen die von ihren Völkern getriebenen gebildeten Schichten ihren Anspruch auf Gleichberechtigung anmelden, ist nicht mehr möglich. Der Klassenkampf hat den nationalen Rahmen überschritten und internationalen Charakter angenommen. Erst „jetzt jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel". Erst jetzt reißt die Bourgeoisie „auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation". Erst jetzt zwingt sie „alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, ... die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen". Wie einst die einzelnen Arbeiter gegen die Kapitalisten kämpften, so ringen heute an verschiedenen Orten, unter verschiedenen Voraussetzungen und Bedingungen, mit verschiedenem Bewußtsein die bisher ausgebeuteten Völker um ihre Emanzipation. Der durch diese Kämpfe erzwungene Neokolonialismus ist bemüht, mit Entwicklungshilfe jeglicher Art diese Völker so weitgehend zu befriedigen, daß als Partner innerhalb des kapitalistischen Systems in Erscheinung treten, um sie davor zu bewahren, den offenen Kampf gegen es aufzunehmen.

Der Kapitalismus wird dabei zu besonderer Eile angetrieben durch die Existenz und Konkurrenz der Länder, die sozialistische Gesellschaftsformen anstreben. Daß diese bisher weder den Reichtum noch den Lebensstandard der kapitalistischen Gesellschaft erreicht und daher auch keine attraktiven demokratischen Staatsformen und liberalistischen Individualismus haben, gibt ihr noch einen gewissen Vorsprung. Aber der Kapitalismus sieht seinen Bestand von diesem sowjetischen Block bedroht und fürchtet dessen Entwicklung. Besonders ängstigt ihn der ökonomische Konkurrenzkampf, der doch eigentlich zum geheiligten Wesen des Kapitalismus gehört.

Steht die kapitalistische Welt vor der „größten Herausforderung" — wie auch die SPD heute zu sagen pflegt — und genügt möglicherweise das „Mittel klassischer Machtpolitik, d. h. Verstärkung der Rüstung" nicht, ist dann nicht wahrscheinlich, daß sie zusätzlich zum modernen Mittel, d. h. zum Faschismus greift? Dieser Faschismus wird nicht national begrenzt sein, sondern europäisch, jedenfalls westlich. In den Grenzgebieten von Ostblock und Westblock wird er früher und wirksamer entwickelt werden müssen als in den Hinterländern. Aber er muß demokratisch getarnt sein, da gegen das „kollektivistisch-bürokratische Ordnungsprinzip" die „auf Demokratie gegründete Freiheit" verteidigt werden soll.

Es gibt eine große Zahl neutraler Staaten, die zusammen ein beträchtliches wirtschaftliches, politisches und militärisches Potential haben. Sozialdemokraten könnten eine nützliche Politik zur Wahrung der Demokratie und ihres Ausbaus zu einer

sozialistischen auch darin erblicken, diese neutrale Position einzunehmen und zu stärken. In der Überzeugung, daß die weltpolitische Entwicklung z. Z. von den beiden Großmächten bestimmt wird, haben sich jedoch alle Parlamentsfraktionen des deutschen Bundestages auch ideologisch bedingungslos für Amerika entschieden.

9. Die Gleichschaltung: Ich kenne nur noch Deutsche!

Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Im Wahlkampf erklärte die heute bestimmende Gruppe der SPD, daß sie selbst bei eindeutiger Stimmenmehrheit nicht alleine regieren wolle. Nach der Wahl verlangte die SPD ein Kabinett der nationalen Konzentration. Die Herausforderung erschien ihr wegen der Mauer, die alles andere als offensiv ist, so groß, daß sie auf das wahre Wesen der Demokratie, auf das Spiel zwischen Regierung und Opposition verzichten wollte. Der deutsche Kapitalismus funktioniert so gut, daß er die „nationale" Lösung noch nicht braucht, in der das Parlament und seine Ausschüsse an Bedeutung verlieren und die Entscheidungen nicht öffentlich von zwei Dutzend Menschen ausgehandelt werden: der einen Führung. Den Mehrheitsparteien erscheint die SPD noch nicht zahm und nicht sicher genug. Durch ein Notstandgesetz bereiten sie für Krisenzeiten die Ausschaltung derer vor, die anfällig sind, doch für die ausgebeutete Klasse zu handeln. Die SPD in ihrem Wunsche, regierungsfähig zu bleiben und den Gedanken des „einen Volkes in Not" zu bekräftigen, drängt dabei auf solche Formulierungen, die ihr erlauben, diesem Gesetz zur Ausschaltung der Demokratie zuzustimmen. Sie operiert mit dem „äußeren Notstand". Den gibt es nur im Kriegsfall — und dann fragen die Generäle nicht nach Paragraphen, sondern übernehmen die Macht, vorausgesetzt, daß ihnen dazu noch die Zeit bleibt. Ist aber kein Krieg, wer bestimmt, ob Notstand ist oder droht? Die SPD wollte ihn schon im 13. August erkennen. Kann nicht jede Regierung solchen Notstand produzieren? Indem man ein Notstandsgesetz schafft, provoziert man das Spiel mit dem Notstand. Ist noch kein Krieg, dann wird es in Krisenzeiten schwer sein, den inneren vom äußeren Notstand zu unterscheiden.

Als Kapp die Weimarer Republik in Not brachte, da war der Generalstreik das einzige Mittel zum Schutz der Demokratie. Vielleicht wäre er es auch am 20. Juli 1932 gewesen, als Papens Staatsstreich die Tore für Hitler öffnete. In der Hochkonjunktur ein Notstandsgesetz annehmen, bedeutet vorzubereiten, daß in Krisenzeiten die Demokratie legal abgeschafft wird. Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, die kapitalistische Demokratie vor der Krise zu schützen, die offenbar wird, wenn die Sowjetunion im friedlichen Wettbewerb den Kapitalismus überholen sollte.

Voraussetzung für diesen Schutz ist, daß die Parteien sich nicht mehr grundsätzlich voneinander unterscheiden. Personen und Gruppen, die prinzipiell andere Auffassungen äußern, werden als Staatsfeinde angesehen, gesellschaftlich geächtet, wirtschaftlich beeinträchtigt, schließlich strafrechtlich verfolgt. Das gesellschaftliche System wird so monolithisch, daß es radikale Kritik auch teilweise, sei es also gegen die Verabsolutierung des Staates und die Idee der Klassenharmonie, sei es gegen die kapitalistische Wirtschaft, gegen den Militarismus mit oder ohne Atomwaffen, gegen die Außenpolitik, gegen die christliche Grundlegung von Kultur und Erziehung oder was auch immer, als Angriff gegen sich betrachten muß. Die Gegner sind also — welch einfach einfältige und gefährlich populäre Logik — Verbündete oder Agenten des Feindes.

Dieses monolithische System in demokratischem Gewande kann ohne Anwendung von Gewaltmethoden entstehen; es

■ neue kritik abonnieren

kann sich demokratisch legal durchsetzen. Das Geschäft und die Bürokratie wirken anonym. Das ungeschriebene Gesetz dessen, was „man nicht tut, nicht kann, nicht sollte oder dürfte" oder dessen, womit „man sich nur selbst schadet und was ohne dies zwecklos, da erfolglos sein wird" wirkt als Mystik des Opportunen neben der Entpolitisierung durch Vergnügungen und Sensationen aller Art.

Wir sind auf schlechtem Wege. Die Öffentlichkeit wird derart einseitig informiert, daß sie nicht auf „schlechte" Gedanken kommen kann. Die Presse ist — ohne äußeren Zwang — einheitlicher als sie im deutschen Kaiserreich war. In der Rechtsprechung mehren sich die Versuche, statt Handlungsweisen Gesinnungen zu bestrafen. Die Macht der herrschenden Klasse ist dem Kundigen überall erkennbar, nicht nur in der Justiz, an Hochschulen und im ganzen Erziehungswesen, sondern auch in der Steuer- und Sozialpolitik, ebenso wie in der Außen- und Innenpolitik. Daß an vielen entscheidenden Stellen ehemalige Nationalsozialisten sitzen, die durch die militärische Niederlage „Demokraten" geworden sind, erleichtert nur die Faschisierung im neuen Gewande.

Ohne Zwang hört die Opposition in der Bundesrepublik auf, Opposition zu sein. Die Parlamentsfraktionen bejahen einheitlich das gesellschaftlich Ganze, die Außenpolitik, die Legimität der gewaltigen kapitalistischen Unternehmen, das Verkündigungsrecht der religiösen „Wahrheiten". Die Unterschiede bestehen in den Fragen, wie weit und mit welchen Mitteln der Staat Kontrollrechte ausüben soll. Auch in sozialen Fragen sind die Differenzen nicht grundsätzlicher, sondern gradueller Art. Die SPD hält nun auch den Klassenkampf für überholt; sie will Volkspartei werden und sich durch die Interessen der Gewerkschaften nicht binden lassen. Auf dem Stuttgarter Parteitag (1958) sagte Dr. Deist unter lebhaftem Beifall:

„Wenn ich Gewerkschaften der Arbeitnehmerorganisationen die Kontrolle der Wirtschaft geben will, dann mache

ich sie zu einem öffentlichen Organ. Dann führt das zu einem Gewerkschaftsstaat, der mit echter freier Demokratie, zu der wir uns bekennen, nichts mehr zu tun hat."

Wo die wirkliche Demokratie beginnt, da hört sie also für Dr. Deist und die applaudierenden Delegierten auf. Über die Formulierung der Stellung der Gewerkschaften wurde zwischen Entwurf und endgültigem Programm heftig gerungen. Auf dem Parteitag in Hannover wurde nicht nur von Brandt erklärt, man könne sich in der Wirtschaftspolitik nicht einseitig auf die Gewerkschaften festlegen, man sei dem ganzen Volke verantwortlich. Im Lohnkonflikt der IG Metall zu Beginn dieses Jahres hat die SPD keine Stellung genommen. Als Herr Mende dies tat, wies sie seine antigewerkschaftlichen Äußerungen mit dem Argument zurück, daß in den Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern die Parteien nicht mitzureden haben. Schließlich bekundete auch Herbert Wehner seinen Weg zur Volksgemeinschaft (in der Mainummer der „Welt der Arbeit"), indem er von den an Lohnkämpfen beteiligten Partnern verlangte, zu begreifen:

„Wir sind aufeinander angewiesen! ... Im freien Teil Deutschlands dürfen nicht noch zusätzliche Mauern die Menschen daran hindern, das, was allen Deutschen gemeinsam ist, zu tun und zu erhalten."

Die Differenzen in der Wehr- und Bewaffnungsfrage sind kaum noch zu sehen. Als die derzeitige Haltung der Amerikaner noch nicht zu erkennen war, wurden auch zur Frage der Atomwaffen bereits auf dem Parteitag die Weichen zum Nachgeben gestellt. Brandt und Erler erklärten, schließlich handele es sich dabei auch nur um taktische Fragen.

Auf dem Wege zu Volksgemeinschaft und nationaler Einheitsregierung muß die Führung sich mehr und mehr von allen oppositionellen Mitgliedern trennen. Es liegt in der Logik der Tatsachen, daß die SPD offen erweisen muß, daß auch die stolz betonte innerparteiliche Demokratie dem Zug der Zeit nicht mehr entspricht.

10. Die Integration der Parteien in den Staat

Die Verquickung von Staat und Partei ist typisch für den Faschismus. Sie hat ohnedies ständig zugenommen durch die Positionen, die Parteifunktionäre im Staat, in den Betrieben der öffentlichen Hand — und auch in Großunternehmungen besetzen. Seit kurzem bewilligen sich die Parteien in unseren Parlamenten Millionen Mark aus allgemeinen Steuergeldern. Diese neue Form der Finanzierung der Parteien durch den Staat bedeutet allerdings eine „Demokratie neuen Stils". CDU und FDP haben sich bereits vorwiegend von Zuwendungen bestimmter Interessengruppen finanziert — und für sie kann dieser Wandel sogar eine — zunächst geringe — größere Unabhängigkeit mit sich bringen. Die SPD ist bisher im wesentlichen eine Mitgliederpartei gewesen. Je weniger eine Partei auf die Beitrag zahlenden Mitglieder angewiesen ist und auf sie Rücksicht nehmen muß, um so weniger demokratisch kann ihr inneres Gefüge sein. In der Praxis wird sich dabei nicht einmal viel ändern, wohl aber im grundsätzlichen.

Die Möglichkeit zur Vertretung und Propagierung oppositioneller Meinungen ist in den Parteien wesentlich geringer als im Staat. Oppositionelle Mitglieder werden isoliert und diffamiert. Die Satzungen und die Ausschlußpraxis sind weit entfernt von Demokratie.

Die Parteien behaupten auch nicht mehr, daß sie Instrumente seien, die im Auftrage der Mitglieder handeln. Sie bestimmen stellvertretend für die Massen. Die Mitglieder nehmen an den politischen Entscheidungen nicht teil, werden dafür auch weder geschult noch ausreichend informiert, aber sie sollen die Entscheidungen der Führung nach außen vertreten. Die Führung verlangt Vertrauen und richtet Tabus auf. Jede andere Meinung ist „kommunistisch" verdächtig.

Trotz der Berufung auf die Massen funktioniert aber das Parteiwesen gerade durch deren Abstinenz. So warnt denn auch die Parteiführung vor jeder eigenen Aktivität ihrer Mitglieder und nichts ist ihr so verdächtig wie die Forderung nach außerparlamentarischen Kämpfen. Je mehr Politik zum Beruf wird — und gar zu einem akademischen Beruf durch das Studium der Politik, desto weniger werden die Massen zur Mitbestimmung gerufen werden und sich dafür geeignet halten.

Die „repräsentative Demokratie" garantiert dem Bürger Meinungsfreiheit und Meinungsäußerung und ist sicherlich besser als jede Despotie. Aber tätige Volksherrschaft ist sie nicht.

Der Führerkult beherrscht unsere Parteien mehr und mehr. Obwohl Willy Brandt auf dem Parteitag in Hannover offen erklärte, er werde sich als Kanzler nicht an das „Godesberger Programm" gebunden fühlen, wurden die Wähler aufgefordert, „voran mit Brandt" zu gehen, egal wohin.

11. Der Einbau der Gewerkschaften in das System

Die Gewerkschaften als Vertretung der Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger sind kraft ihrer Funktion und Struktur das Gegengewicht gegen die unbeschränkte Herrschaft des Finanzkapitals. Daher ist die freie Gewerkschaftsbewegung in kapitalistischen Ländern der beste Garant für die Demokratie.

Die Gewerkschaften anerkennen den Staat und sind von diesem anerkannt worden. Mit den sich im Staat verkörpernden gesellschaftlichen Veränderungen kann daher auch ihre Stellung und Ideologie nachgeben, wozu die Idee der Sozialpartnerschaft, falls sie wirklich einmal ernst genommen werden sollte, eine Stütze sein kann. Die bundesdeutsche Gewerk-

schaftsbewegung ist zwar noch weitgehend eine Hilfsschule des Klassenkampfes, aber sie zeigt Tendenzen, sich dem Muster der amerikanischen Gewerkschaften zu nähern, die sich innerhalb der von 150 Familien beherrschten „Volks"wirtschaft als Monopolsäule der Ware Arbeitskraft betrachten. Deutlich spiegelt sich dieser Streit im Verhältnis der Industriegewerkschaften, die in engem Kontakt zur Arbeitnehmerschaft sind, zu der Dachorganisation der DGB. Entsprechend dem Führungsanspruch des DGB als Gesamtvertretung aller Arbeitnehmer, will der Bundesvorstand seine materielle und gesellschaftliche Position stärken. Entsprechend dem allgemeinen Trend will er in der Spitze eine stärkere politische Potenz gewinnen, die Masse der Mitglieder aber von politischen Aktivitäten und Beschlüssen (nach denen er sich ohnedies nur bedingt richtet, wie bei der Remilitarisierung deutlich wurde) abhalten. Diese Neigung des DGB wird auch gefördert durch seine Struktur als Verwaltungsapparat, dessen Funktionäre von den Vorständen als ihre Angestellten abhängig sind. Kräfte im DGB drängen heute zum Staat. Die entscheidende Frage ist, mit welchem Bewußtsein und mit welchen Vorstellungen sie im Staat wirken wollen.

„Eins der wichtigsten neuen Staatsgrundgesetze stellte die Carta del lavore von 1927 dar, in der die Grundgedanken der faschistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik niedergelegt waren. Sie suchte den sozialen Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, hielt aber im im Gegensatz zur nationalsozialistischen Arbeitsverfassung an der Organisation der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in getrennten Verbänden fest. Die Gewerkschaften wurden erhalten, aber in staatliche Einrichtungen verwandelt." (Großer Brockhaus – 1953).

Der DGB kann nicht direkt die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften wahrnehmen. Die Mantel- und Lohntarife werden von den einzelnen Industriegewerkschaften erkämpft. Aber gerade weil der DGB keine eigene gewerkschaftliche Funktion im engeren Sinne erfüllen kann, hat er sozialpolitische und allgemeinpolitische Aufgaben.

Für die einzelnen Industriegwerkschaften ist die parteipolitische Neutralität ziemlich unproblematisch. Die Masse ihrer Mitglieder (außer vielleicht bei einigen Sparten der ÖTV) ist funktionell und traditionell politisch links. Die gewählten Funktionäre sind fast ausschließlich Sozialdemokraten. Sind sie nicht politisch organisiert, so stehen sie eher links als rechts von der SPD.

Will aber der DGB den Charakter der Einheitsgewerkschaft wahren, so muß er bei der Besetzung der Funktionärstellen und bei seiner politischen Aktivität auf wenige CDU-Mitglieder Rücksicht nehmen. Diese üben häufig durch die Drohung ihres Austritts und damit ihrer Verstärkung der Christlichen Gewerkschaften, die bislang bedeutungslos sind, einen beträchtlichen Druck auf den DGB aus. Der DGB braucht diese Mitglieder, ist ihnen gegenüber aber völlig machtlos. CDU-Bundestagsabgeordnete, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind, stimmten häufig im Bundestag mit ihrer Partei — und gegen erklärte Vorstellungen der Gewerkschaften, ohne daß sie deswegen getadelt oder ausgeschlossen worden wären. Die formale Neutralität der Gewerkschaften erleichtert aber der Sozialdemokratie, den Hang zur Volkspartei zu verstärken und sich bei Tarifstreitigkeiten neutral zu verhalten. Es ist durchaus möglich, daß sich bei Zuspitzung sozialer Konflikte in der Bundesrepublik Gegensätze zwischen SPD und Gewerkschaften ergeben. Das war auch bereits einmal der Fall, als die Gewerkschaften für, die SPD aber gegen den Schumann-Plan auftraten. Beschreitet aber die SPD mit Erfolg den Weg zur Einheitsregierung weiter, so kann es Konflikte geben, die entweder die Industriegewerkschaften zwingen, selbständig politisch aktiv zu werden, oder den DGB dazu bringt, weniger vom Parlamentarismus zu erhoffen, oder mehr dafür auf die Auseinandersetzungen mit der Gegenseite unter Umgehung des Parlaments zu suchen. Das aber bedeutet mit anderen Worten: Nimmt der faschistische Charakter der Bundesrepublik zu, dann wird der Drang der politisch neutralen Gewerkschaft zu einem ständischen oder korporativen System notwendigerweise größer.

Mussolini schaffte 1929 das Parlament ab und ersetzte es — wenigstens auf dem Papier — durch das Korporativsystem. In Wirklichkeit herrschte damit die faschistische Partei selbstherrlich, denn die Korporationen existierten in Wirklichkeit gar nicht. Aber:

„Was in Italien existiert, das ist die korporative Ideologie (der Korporativismus). ... Für den Kapitalismus liegt die wesentliche Überlegenheit des Korporativismus über die Demokratie darin, daß in der Demokratie die schwere Ausnützung der Arbeiter durch den Kapitalismus immer wieder durch die Freiheit der Kritik und die Kontrolle des Volkes aufgedeckt wird, während im korporativen System der Arbeiter alle Rechte als Bürger verliert und seine Person mit seinem Beruf zusammengeschweißt sieht; der Horizont seiner Aktivität kann nicht mehr den Staat und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, sondern nur noch die Probleme seines Berufs umfassen." (Silone: „Der Faschismus" S. 227)

Korporative Vorstellungen liegen aber — wenigstens im Kern — auch den Forderungen zugrunde, die Georg Leber für die Gewerkschaft „Bau, Steine, Erden" erhoben hat. Die Gewerkschaft wird als Ordnungsfaktor für die Unternehmer auftreten, wohl auch für den Fall des Notstandes oder des Notdienstes, wenn die Unternehmer aus ihren Profiten den Gewerkschaftsmitgliedern finanzielle Vorteile zukommen lassen. Den organisierten Gewerkschaftsmitgliedern, die sich mit Recht immer wieder empören, daß sie durch ihre Beiträge gewerkschaftliche Erfolge ermöglichen, die auch denen zugute

kommen, die keine Opfer bringen, hat Lebers Vorschlag sehr gut gefallen. Nur wenigen Kollegen, die gelernt haben, weiter zu denken, wurden die Konsequenzen klar, die damit der Gewerkschaftsbewegung drohen. Wären Lebers Pläne vollends von der Gegenseite akzeptiert worden, dann wären gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen in Zukunft so gut wie unmöglich.

Der neue Weg der IG „Bau, Steine, Erden" widerspricht den bisher geltenden reformistischen Auffassungen, deren großes Vorbild die von der Labour-Party erzwungene Sozialgesetzgebung in England war. Danach soll der Staat die soziale Sicherung aller Bewohner gleichmäßig garantieren. Dazu müssen dann vor allem die hohen Profite weggesteuert werden. Besonders in den mit hohen Gewinnen arbeitenden Wirtschaftszweigen wird nun die Gewerkschaft mehr daran interessiert, den Unternehmern zugunsten der Sozialfonds der Fachschaft Steuererleichterungen zu gewähren. Im Baugewerbe ist das deshalb besonders problematisch, weil der weitaus bedeutendste Auftraggeber „die öffentliche Hand" ist. Durch die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen kann der Druck auf alle Parteien gleichzeitig wesentlich verstärkt werden. Die demokratische Freiheit schwindet, die Verbände werden gestärkt. Die Demokratie ermöglicht, daß Kapital und Arbeit in Klassenkämpfen ihre Interessen wahren. Der Faschismus sucht den Ausgleich im übergeordneten Allgemeinwohl, das allerdings hier noch berufsständisch aufgesplittert wird.

Der Staat wird dabei aber nur scheinbar und zeitweilig „entlastet". Bei größeren Differenzen, möglicherweise bei Krisenerscheinungen, werden die Fonds geringer, die Ansprüche an sie aber steigen. Entweder muß dann die Gewerkschaft selbst der Beschneidung der Unterstützungen zustimmen, oder sich an den Staat als Schiedsrichter wenden. Die Verschärfung des Klassenkampfes kann auch zur Sprengung der Korporation führen. Aber gerade, weil die Unternehmer für diesen Fall die Gewerkschaft als Ordnungsmacht in Wirtschaft und Staat gebunden haben wollen, stimmen sie vorsorglich der Interessengemeinschaft in Konjunkturzeiten zu. In der Krise wird sich zeigen,

> „daß die neue korporative Ordnung einen so anti-ökonomischen und antihistorischen Charakter hat, daß seine Verwirklichung nur versucht werden kann, indem man sich auf die materielle Macht des Staates stützt". (Silone, S. 231)

Die im Baugewerbe erzielte Einigung wird Lebers Wünschen nur noch sehr bedingt gerecht. Die Gewerkschaften werden dadurch weder für die jungen noch für ausländische Arbeiter stärkere Anziehungskraft bekommen. Die erhoffte Vergrößerung des Mitgliederbestandes und die größere Treue zur Organisation wird vor allem von den alten Arbeitern gewährt. Damit steigt die Kampfkraft der Gewerkschaft nicht; ihr Charakter als zusätzliche Versicherung wird noch verstärkt.

12. Die Handlanger der Bürokratien

Das Beispiel der Gewerkschaft „Bau, Steine, Erden" macht die Umkehrung der Aufgaben von Verbänden und Parteien besonders deutlich, die sich mit der Strukturkrise des Kapitalismus ergeben hat. Sollten einst die Organisationen dazu dienen, in der Demokratie die Interessen und die politischen Zwecke der verschiedenen Gesellschaftsgruppen besser zu vertreten, so bestimmen jetzt die Interessen der Apparate die politische Linie. Das Ziel und die Bewegung dienen den Körperschaften, der Verwaltung. Ihre Eigeninteressen, ihre Verselbständigung erfordern Verordnungen und Gesetze. Die Identität von Staat und Volk wird so unterstellt. Ein Volk, ein Staat, eine Gesellschaft, ein Geist, ein Bewußtsein. Dabei

■ neue kritik abonnieren

wird für die heutige SPD unnötig zu untersuchen, welche Kräfte in der Gesellschaft, im Volk und Staat leider das Bewußtsein bestimmen. Es wird dann auch unerheblich nachzuforschen, ob es nicht gerade die Staatsbeamten, Verwalter und Bürokraten sind, die in den Parteien, und besonders in der SPD, die Politik bestimmen.

Seit langem hat denn auch die SPD die absurde Parole aufgestellt: „Die Demokratie fängt in der Gemeinde an". Da aber die Gemeinden keine eigenen Gesetze machen können, an bestimmte Steuereinnahmen gebunden sind und ihrer Struktur nach weder Staat noch Volk sind, beschränkt sich die politische Tätigkeit der Fraktionen und Magistrate im wesentlichen auf Verwaltungsaufgaben. Die Demokratie fängt also nach dem sozialdemokratischen Slogan bei der Verwaltung an. So wird denn auch folgerichtig die Aufgabe der politischen Schulung in der SPD vor allem darin gesehen, Nachwuchs für Verwaltung und Parteiapparat zu bekommen. Die Bürgermeister, die Regierungspräsidenten, die Minister, die Vertreter der Staats- und Verwaltungsinteressen sind, vor allem in der SPD, die Träger der Demokratie.

13. Die Grundlagen der Entpolitisierung und Uniformierung

Mit der fortschreitenden Monopolisierung, Organisierung und Planung des Kapitalismus über die nationalen Grenzen hinweg, wird auch die politische und militärische Konzentration immer notwendiger. Unbeschadet wesentlicher noch vorhandener Differenzen in beiden Blöcken, werden die Interessen des nun schon internationalen Finanzkapitals immer einheitlicher. Der friedliche wirtschaftliche Wettstreit hat schon den Namen „Kalter Krieg" angenommen. Die Vorbereitung auf eine mögliche „heiß" kriegerische Auseinandersetzung erfordert zunehmend den gesellschaftlichen Totalitarismus auch im Westblock. Daß dieser Prozeß sich anonym vorwärts bewegt, mit dem freiwilligen Einverständnis einst sozialistischer Kräfte, macht ihn besonders gefährlich. Es wäre

eigentlich die Aufgabe der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegungen des Westens, diese Entwicklung nachzuweisen, aufzuzeigen und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Gegenüber der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals müßten auch die Kräfte der Arbeiterbewegung sich konzentrieren und eine entsprechende übernationale Strategie und Taktik entwickeln. Wären sie selbst nicht schon weitgehend mit ihren Interessen und Vorstellungen integriert, so könnten sie die weltpolitischen Auseinandersetzungen als selbständige politische Kraft — und in Verbindung mit den blockfreien Staaten — zur Erhaltung des Friedens und der Ausweitung der Demokratie in sozialistischer Richtung ausnützen und damit auch auf die gesellschaftliche Entwicklung in den Ostblockstaaten bedeutsam einwirken. Indem sie aber bereits den Burgfrieden mit ihrem Kapitalismus geschlossen und eine Kampfsituation im kalten Kriege bezogen haben, helfen sie, die politischen Spannungen zu erhöhen — und die Köpfe der Hunderte von Millionen ihrer Anhänger zu benebeln und zu verwirren.

Aber nicht nur, weil die Führung das Ziel einer internationalen sozialen Umwälzung aufgegeben und den sich aus objektiven Bedingungen und Möglichkeiten aufdrängenden Sozialismus für eine Utopie erklärt hat, leidet das Verständnis der Massen für ihre eigentlichen Lebensinteressen und ihre Bereitschaft, sich aktiv politisch und damit demokratisch einzusetzen. Diese geschichtliche Entwicklung der Führung der westlichen Arbeiterbewegung wäre unmöglich gewesen, entspräche ihr nicht eine tiefgreifende soziologische Veränderung bei den Massen. Von den radikal sozialistischen oppositionellen Kräften ist dieser Trend viel zu wenig beachtet worden, weil nicht sein sollte, was war und ist. Der unmarxistische Glaube an ein Klassenbewußtsein a priori hat den Blick der sozialistischen Kritik viel zu sehr auf die eine Entwicklung im Lager des Kapitalismus gebannt.

Mit der wachsenden Spezialisierung im Arbeitsprozeß, gefördert durch die technische Rationalisierung und neuerdings durch die Automation nimmt das Proletariat immer mehr verwaltende und planende Funktionen im Arbeitsprozeß ein. Die Entfremdung, die sich in dieser Spezialisierung ausdrückt, nimmt ständig zu. Indem der einzelne nur noch eine begrenzte Kenntnis innerhalb der Warenerzeugung haben kann, verliert er die Beziehungen zu seiner Arbeit. Er traut seinem eigenen Urteil nur noch auf seinem Fachgebiet. Der Arbeitnehmer wird immer unfähiger, auch die großen ökonomischen Zusammenhänge zu durchschauen. Er wird zum Objekt im Produktionsprozeß, im Staat, im Verband und bescheidet sich um so leichter mit dieser Rolle, solange sein Lebensstandard relativ saturiert ist und ihn viele Hobbys für die mangelnde Erfüllung in seinem Job entschädigen. Er anerkennt die Notwendigkeit des Spezialistentums auch dann, wenn er sich bemüht, in diesem die höheren Stufen zu erreichen. Er empfindet seine Beschränkung eher als eine angenehme Entlastung von allgemeiner Verantwortung. Diese Entpersonalisierung ist für ihn zum Ausdruck der individuellen Freiheit geworden. Er schätzt die Demokratie, weil sie ihm — im Gegensatz zum Diktaturstaat — die Befreiung von gesellschaftlichen Pflichten, die Freiheit der Passivität bietet.

Das Büro beherrscht den einzelnen nicht nur im Arbeitsprozeß, sondern im allgemeinen öffentlichen Leben. Die Verwaltung ist immer undurchsichtiger geworden, er muß den Berater in Anspruch nehmen und bezahlen, der seine Steuern, seine Renten berechnet und der ihm zu seinem Recht verhilft. Je undurchsichtiger Staat und Wirtschaft für den einzelnen werden, um so mehr muß er auch an der Möglichkeit zweifeln, die Problematik der modernen Gesellschaft zu durchschauen oder gar sie durch seine Aktivität beeinflussen zu können. Bild-Zeitung und Illustrierte genügen, um geistig konform zu bleiben. Das Fernsehen macht zunehmend auch die Bildung zum Markenartikel. Die einsame Masse ist unpolitisch.

Dieser Zug der Zeit ermöglicht den Dirigismus im hochentwickelten Kapitalismus, die freiwillige Annahme eines im Inhalt faschistischen Regimes. Die Entpolitisierung wird von oben gefördert. Der Opponent erscheint als Querulant. Opposition führt zur Isolation. Was die Oberen tun und was alle Leute sagen, wird schon recht sein. Die Flucht ins süße Privatleben wird zur individuell erträglichsten Lösung. Widerspruch ist gefährlich, bringt Nachteile und Feindschaften mit sich, schadet nicht nur dem Individuum, sondern auch der Familie. Selbst der Mißtrauische gibt sich konform, er bezeugt im Kollektiv Vertrauen, wenn er auch für sich seine Zweifel bewahrt. Vertrauen ist aber die Voraussetzung für jede Form von Diktatur. Die demokratische Form der Gesellschaft wird um so leichter erhalten, je mehr die Individuen auf Kontrolle und eigenes Handeln verzichten. Die Objektivierung des einzelnen führt zum Verzicht, zur Ergebenheit. Es erscheint dem Einsamen in der Masse hoffnungslos, gegen die anonymen Mächte recht zu haben — und anzukämpfen. Es ist besser, im Automatismus der Gesellschaft und mit der Masse sogar dem eigenen Untergang und der weiteren Entmenschlichung entgegenzugehen, als sich verdächtig zu machen, ein Revolutionär, ein Rebell, ein Agent des Feindes zu sein, mindestens solange ein merkwürdiges Wirtschaftswunder sogar danach drängt, immer mehr Genuß und Zivilisation ins Haus zu liefern.

Die Entpolitisierung des öffentlichen Lebens erleichtert die Manipulation der Massen innerhalb und außerhalb ihrer Organisationen. Sie erleichtert die Entwertung der Vernunft zugunsten jeder Art von Glauben. Sie uniformt das Denken, bestärkt die geistige Bescheidenheit der Halbbildung, die Lenkung durch Tabus. Das biblische Beispiel vom Tanz ums goldene Kalb mit dem Sturz und der Vernichtung der Menschheit drängt sich auf.

Die politische Theorie wird zum Privileg der Elite, deren Stellung in der Gesellschaft abgewertet ist. Mit dem Verlust der politischen Theorie ist die Demokratie zur leeren Schale geworden. Die Gesellschaft lebt dahin und drängt dem Untergang entgegen. Das Profitinteresse jagt sie zur weiteren Selbstvernichtung, obwohl die wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften erst jetzt den Reichtum und die Freiheit des Individuums ermöglichen, die eine sozialistische Gesellschaftsform bieten kann und garantiert. Während die objektiven Voraussetzungen zu dieser freien Gesellschaft durch die revolutionierende Rolle der kapitalistischen Gesellschaft geschaffen wurden, ist die subjektive Reife im Schwinden, die den Menschen befähigen mußte, in voller Verantwortung die für den Bestand von Natur und Menschheit notwendige Revolution zu vollziehen. Wo die Demokratie durch klare Einsicht und zweckbewußtes Handeln ihre wahre Bewährungsprobe bestehen sollte, droht sie zu einem Schemen zu werden, dessen Inhalt faschistisch ist und daher geeignet, diesmal die ganze zivilisierte Menschheit zu vernichten.

14. Die Aufgaben der Widerstandsgruppen

Indem wir die Tendenzen dieser Entwicklung aufzeigen, fordern wir schon zum Widerstand heraus. Indem wir die scheinbare Zwangsläufigkeit des subjektiven Verfalls der großen Mehrheit unter den Bedingungen der letzten Phase der finanzkapitalistischen Epoche, dem internationalen anonymen Faschismus, aufzeigen, appellieren wir schon an die Beharrlichkeit und die Geduld der Elite, diesen Kampf weiterzuführen, obwohl sie unter ungünstigsten Bedingungen gegen den Strom schwimmen — und deshalb vorerst klein bleiben muß.

Die Chance für den Bestand und die Entwicklung der Menschheit wächst bereits, wenn der Widerstand ausreicht, diese verhängnisvolle Entwicklung zu bremsen. Unter den Bedingungen, die der kapitalistische Block erzeugt, — unter den Bedingungen des Beharrungsvermögens der dort geschaffenen Gesellschaftskörper, — unter den Bedingungen der dort häufig vorherrschenden dogmatischen Führungen, ihren möglichen Fehleinschätzungen auf dem Boden ihrer Machtpolitik, wird es noch lange dauern, hoffentlich nicht zu lange, bis die sozialistischen Kräfte im Westen zu größerer Wirkung kommen können. Die an diese Blöcke nicht gebundenen Völkermassen werden unterschiedliche Perspektiven und Wirklichkeiten entwickeln; aber dennoch stellen sie hoffnungsvolle Faktoren in der Weltpolitik.

Rezepte und Anweisungen für die Schar der bewußten Sozialisten und Humanisten gibt es nicht; bestenfalls allgemeine Regeln. Dazu gehört vor allem die ständige positive Überprüfung des eigenen Bewußtseins durch kritischen — über alle Mauern blickenden — Einblick in das vom propagandistischen Talmi befreite wahre Wesen der geschichtlichen Tendenzen. Es gehört dazu die Zivilcourage, die Reste der demokratischen Freiheiten zu bewahren und zu benützen, der Uniformierung und dem Druck der Tabus entgegenzutreten. Es gehört dazu, ängstlich um den Ausbau der Demokratie besorgt zu sein — und die demokratischen nonkonformistischen Gruppen und Aktionen in unserem Lande zu begrüßen und zu unterstützen. Der Kampf um die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, der Parteien und Verbände muß verstärkt geführt werden — auf dem Boden des Grundgesetzes und mit den darin angebotenen gesetzlichen Mitteln. Die Stärkung der Gewerkschaften als unabhängige und kämpferische Organisationen der Arbeitnehmerschaft ist unerläßlich. Die Trennung von Staat und Partei muß eine ständige Forderung bleiben.

Eine von Bürokratie und Geldmitteln bestimmte Gesellschaft droht jeden Widerstand zu ersticken. Die Mittel der Opposition sind minimal. Opfer an Zeit und Geld werden von jedem einzelnen verlangt, aber auch das notwendige Maß an Selbstkritik, das ihn hindern muß, durch Unbedachtsamkeit die Front und den Kampf zu schwächen, die er stärken möchte. Das Bemühen, in diesem Sinne die oppositionellen Kräfte zu koordinieren, darf trotz aller Schwierigkeiten, nicht aufgegeben werden.

Vor allem aber muß die Opposition entschlossen und mutig jeglicher Form von Militarismus entgegentreten — und den Wahnsinn der atomaren Bewaffnung und Experimente bekämpfen, wo immer sie auftauchen. Prinzipiell kann man nicht gegen den Krieg und seine Vorbereitung kämpfen, ohne die Ursachen aufzudecken, die schließlich im kapitalistischen System liegen. Da der schleichende, getarnte Faschismus die Herrschaftsform des Kapitalismus ist, wird er wirksam bekämpft werden können nur von der Grundlage aus, die der internationale und freie Sozialismus bietet.

Der Kölner Parteitag der SPD

Wolfgang Abendroth

Der Godesberger Parteitag der SPD brachte zwar den Bruch mit der programmatischen und theoretischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie als der Partei der Arbeiterklasse, die bewußt deren soziales Selbstbewußtsein entwickeln und aus einer systematischen Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft die Bedingungen des Ringens um deren Umwandlung in eine sozialistische Gesellschaft ableiten wollte. Aber auf dem Godesberger Parteitag gab es noch ernsthafte Debatten. War auch im Zeichen der falschen Alternative „Volkspartei oder Klassenpartei" der Sieg des Appa-

rats und der koalitionssüchtigen Parlamentsfraktionen über ihre Opponenten von vornherein unvermeidlich: der alte Stil der (wenn auch bürokratisierten) Mitgliederpartei, der eine offene politische Diskussion gebietet und auch Opponenten die Freiheit der Meinungsäußerung läßt, blieb gewahrt. Noch war es möglich, daß fast ein Drittel der Delegierten im Gegensatz zu den Ansichten des Parteivorstandes sich zur Forderung der Vergesellschaftung wenigstens der monopolistischen Industrien bekannte. Der Parteitag von Hannover, der den Wahlkampf zu den Bundestagswahlen eröffnen sollte, wurde jedoch schon mit Methoden eingeleitet, die darauf berechnet waren, ernstliche Debatten auf dem Parteitag

■ neue kritik abonnieren

auszuschließen. Gleichwohl wehrte sich in der Frage der Atombewaffnung noch einmal die Stimmung derjenigen Delegierten, die nicht auch noch auf die letzten und wenigen fortschrittlichen Seiten des Godesberger Programms verzichten wollten. Der Parteitag — einst in der deutschen Sozialdemokratie die Stätte des Ringens um den Kurs der Partei in der scharf und pointiert geführten Diskussion der Vertreter einer selbstbewußten und aktiven Mitgliedschaft — sollte jedoch schon in Hannover in eine Kundgebung zur bloßen Akklamation der Vorstandsentscheidungen umgestaltet werden, wie sie seit den Nürnberger Parteitagen der NSDAP dem Stil der Parteitage bürgerlicher Parteien in Deutschland entspricht. Aber noch konnte man hoffen, diese Entdemokratisierung des Parteitags sei nur als wahltaktisches Manöver gedacht gewesen, um den gegnerischen Parteien die Chance zu nehmen, Meinungsdifferenzen auf dem Parteitag einer an das Gefolgschaftsdenken des Dritten Reiches gewöhnten Wählerschaft als Argument gegen die Sozialdemokratie zu präsentieren.

Der Kölner Parteitag hat diese Hoffnung widerlegt. Die Parteitagsvorbereitung machte bereits deutlich, daß er nicht als Ort der Parteidiskussion und höchstes Organ der Parteiwillensbildung einer politisch lebendigen Mitgliedschaft gedacht war, sondern als Akklamations- und Propaganda-Kongreß von der Parteiführung vorgeplant wurde. Das gleichzeitige „Deutschlandtreffen" der Parteiprominenz, mit entsprechender Publizität versehen, kannte seiner Struktur nach keine Diskussion. Waren aber hier bereits Thesen der Parteiführung verkündet worden, wie konnte dann noch ein Parteitagsdelegierter wagen, sie auf dem Parteitag in Zweifel zu ziehen, zumal in einer großen Stadt Nordrhein-Westfalens im Jahre des Landtagswahlkampfes für das bedeutendste Bundesland? Hatte nicht der (politisch völlig inhaltlose) personelle Kliquenkampf um den ersten Platz der Landesliste und die Rolle des „Führers" (der Regierungs-„Mannschaft" nämlich) dieses Bundeslandes die Partei dort schon genügend diskreditiert? Diese Überlegung mußte jeden Delegierten, der noch irgendwelche kritische Vorstellungen hatte, von vornherein einschüchtern.

Die Tagesordnung des Parteitags sah Referate der Parteiführung vor, die statt politischer Probleme inhaltslose Schlagworte („Wer rastet, der rostet") als Themen nannten, um auch auf diese Weise den Geist der politischen Diskussion zu bannen. Die öffentliche (für die Parteiöffentlichkeit und vor ihr geführte) Auseinandersetzung wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß auf Sachgebiete verteilte „Arbeitskreise" einen großen Teil der Zeit in Anspruch nahmen, die in früherer Zeit dem Parteitagsplenum zur Diskussion zur Verfügung stand.

So war von vornherein keine ernsthafte Beratung politischer Fragen durch die Vertreter einer politisch interessierten Parteimitgliedschaft zu erwarten. Wer dem „neuen Kurs" der Preisgabe des Klassenstandpunktes der Arbeitnehmer, der Preisgabe auch der außenpolitischen Alternativen zur offiziösen Politik der Fiktion, die Bundesrepublik sei der einzige deutsche Staat (damit aber gleichzeitig der Preisgabe jedes ernsthaften Ringens um die friedliche Koexistenz der deutschen Staaten und ihre spätere friedliche Wiedervereinigung) und der Unterstützung der Politik der NATO und der Hochaufrüstung nicht mitmachen wollte, wer das „Gemeinsamkeits"-Geschrei, das jeden politischen Gegensatz zur CDU überdecken soll, nicht akzeptierte, der galt von vornherein in den Ortsvereinen und auf den Bezirksparteitagen als verdächtig und suspekt und wagte sich nach den Ausschluß-Experimenten gegen die Mitglieder des SDS und der Sozialistischen Förderergesellschaft schon auf der unteren Parteiebene kaum noch hervor. Daher waren nur wenige Anträge der unteren Partei-Einheiten an den Parteitag zustande gekommen.

Die Referate des Parteitags brachten keine Überraschung, wenn man von der Ankündigung Willy Brandts absieht, man wolle eine Koalition mindestens mit einem Teil der CDU unter Führung eines Vertreters der CDU zustandebringen, wenn Adenauers altersbedingter Rücktritt in absehbarer Zeit fällig wird. So hatte auch schon Erich Ollenhauer den personellen Gegensatz zu dem überalterten Bundeskanzler, der bei allen seinen früheren „Verdiensten" (die objektiv in der sozialen und politischen Restauration in der Bundesrupublik, in der Verhinderung der deutschen Einheit durch die Politik der „europäischen Integration" und in der Hochaufrüstung Westdeutschlands bestehen) nun nicht rechtzeitig abtreten könne, an die Stelle einer politischen Alternative zum Kurs der Bundesregierung und der westdeutschen Konzerne gesetzt. Die eigene politische und soziale Theorie der Partei wurde in allen Referaten durch fleißige Zitate aus „Mater et Magistra" und aus dem Eigentums-Gutachten der Evangelischen Kirche ersetzt: Die Zustimmung der Bundestagsfraktion zur Wehrdienstverlängerung und zur Rekordhöhe des Rüstungsetats des Bundes, der mit 15 Milliarden DM die jährlichen Rüstungsausgaben Adolf Hitlers vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erreicht, wurde durch Fritz Erler als unvermeidlicher Beitrag zur Verteidigung der „frei-

en Welt" gefeiert, zu dem es keine Alternative mehr gebe.

Zaghafter Widerstand wurde nur noch gegen die von der Bundestagsfraktion beabsichtigte Mitwirkung an der Änderung des Grundgesetzes durch Einfügung eines „Notstands"-Artikels in die Verfassung angemeldet. Außerdem wagten einige Delegierte wenigstens zu bedauern, daß man in der Parteitagsresolution, die die Rüstungspolitik und NATO-Bündnispolitik billigt, nicht die eigene Politik der Partei vor 1956, die NATO-Mitgliedschaft und Aufrüstung bekämpft hatte, verteidigen wollte. Der Vorstand lehnte das ab: Dadurch würden nach dessen Meinung die Wähler der CDU „beschimpft", die Adenauers Politik damals unterstützt hätten. Die Wähler der SPD, die vor 1960 in dieser Politik ein Unglück für das deutsche Volk und den Weltfrieden sahen, darf man also nach seiner Meinung „beschimpfen": Sie müssen ja gleichwohl die SPD wählen, weil es angesichts der durch die 5%-Klausel im Wahlgesetz beseitigten Möglichkeit, neue Parteien zu gründen, für sie keinen anderen Ausweg gibt, wenn sie die Alleinherrschaft der CDU verhüten wollen. Immerhin führte die Erinnerung an den Weg der Weimarer Republik zur Hindenburg-Diktatur und zum Dritten Reich, der durch den Notstands-Artikel der Weimarer Reichsverfassung juristisch ermöglicht wurde, dazu, daß 50 Parteitagsdelegierte gegen diesen Vorschlag des Vorstandes stimmten, der westdeutschen Reaktion den Strick zu schenken, mit dem bei der erstbesten Krise Gewerkschaften und SPD gehängt werden können, um sich gegenüber der CDU als „koalitionswürdig" auszuweisen. Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Peter Blachstein und der Frankfurter Delegierte Joseph Lang (beide Verfolgte des Dritten Reiches und frühere Mitglieder der SAP) waren die Wortführer dieser partiellen Opposition. Es war für die heutige Situation in der SPD typisch, daß sie nicht gewagt haben, den gesamten „neuen Kurs" zu attackieren, sondern sich auf die Kritik weniger Fragen beschränkten. Gleichwohl verdienen sie als letzte Repräsentanten selbständigen Denkens auf dem Parteitag hervorgehoben zu werden.

Die Neuwahl des Parteivorstandes verlief programmgemäß. Es ist typisch, daß als einziger Gewerkschaftsführer Georg Leber, dessen Ablehnung jedes Klassenstandpunktes und Bereitschaft zur „Partnerschaft" mit den Unternehmern bekannt ist, der rechteste Außenseiter im DGB-Vorstand, in den Partei-Vorstand gelangt ist. Im Schutze der Anonymität des Stimmzettels haben immerhin fast 100 Delegierte ihr Unbehagen über die Apparat-Diktatur des Wanderers von der Ideologie und den Methoden Josef Stalins zu denen Gustav Noskes, Herbert Wehners, zum Ausdruck gebracht und ihm ihre Stimme verweigert. Auch diese Demonstration konnte im Ergebnis am Sieg der neuen innerparteilichen Methoden nichts ändern. Der Antrag, die Sofortausschluß-Maschine des Parteivorstandes, den § 29 Abs. 3 des Parteistatus zu überprüfen, verfiel der Ablehnung, obwohl kurz vor dem Parteitag ein Aufsatz von Dr. Helmut Lenz und Dr. Christoph Sasse in der Juristenzeitung Nr. 8 Jg. 1962 (S. 233 ff.) nachgewiesen hatte, daß er nicht nur undemokratisch ist, sondern auch eindeutig dem Grundgesetz widerspricht.

So hat der Kölner Parteitag der SPD den Weg zu Ende geführt, der in Godesberg betreten wurde. In Godesberg verzichtete die SPD auf ihre sozialistischen Vorstellungen und auf ihre Funktion als Partei des Klassenbewußtseins der Arbeitnehmer. In Hannover gab sie nachträglich die Zustimmung zum Verzicht auf ihre Funktion als Oppositionspartei durch die Preisgabe ihres Deutschland-Planes und ihrer außenpolitischen Vorstellungen, in der Hoffnung, dadurch im Wahlkampf des Jahres 1961 zur Regierungspartei unter ihrem „Führer" Willy Brandt aufzusteigen. Sie konnte ihre Hoffnung nicht realisieren. So hat sie sich nun in Köln bereitgefunden, auch auf den Anspruch zu verzichten, die Regierung zu führen, und sich durch die Bereitschaft, auch das Grundgesetz zugunsten einer „Notstands"-Gesetzgebung preiszugeben, als bloßer Junior-Partner der CDU anzubieten. Aber vor allem hat der Verlauf des Parteitags bestätigt, daß sie (endgültig?) auch auf ihre Struktur als demokratisch organisierte Mitgliederpartei verzichtet hat und zur Akklamationsorganisation einer Führungsgruppe abgesunken ist, deren Mitgliedschaft sich entweder mit dieser Rolle der Gefolgschaft begnügt oder apathisch geworden ist. Die Arbeiter nehmen am Parteileben kaum noch teil: Mitgliederversammlungen und Partei-Delegierten-Konferenzen sind meist zu Zusammenkünften beförderungsgewillter Kommunalbeamter und Landesbeamter der durch die SPD mitverwalteten Bundesländer geworden.

Als die SPD am 4. August 1914 vor Wilhelm II. und seinem imperialistischen Krieg kapitulierte, konnte die drohende volle Entartung in Schranken gehalten werden, nachdem sich gegen die Mehrheitssozialdemokratie die USP als selbständige Partei konstituierte. Durch die Konkurrenz der neuen linkssozialistischen Partei war auch die SPD gezwungen, wenigstens teilweise zur Vertretung von demokratischen Interessen zurückzukehren, wenn sie ihren Einfluß auf Arbeiterwähler behalten wollte. Der heutigen SPD fehlt dieser Zwang, der sie wenigstens nötigen könnte, im Rahmen des bestehenden politischen Systems die Interessen ihrer Wähler wahrzunehmen und gewisse Reste der innerparteilichen Demokratie zu respektieren. Durch das Wahlgesetz der Bundesrepublik, durch die 5-%-Klausel, haben die drei im Parlament vertretenen Parteien ein Parteien-Oligopol geschaffen, das jede Partei-Neugründung (und damit jede Möglichkeit der Entstehung einer Konkurrenz für die SPD) unmöglich machen soll. Art. 21 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Partei-Neugründung proklamiert, wurde dadurch in eine hohle Phrase verwandelt. Die SPD will nicht mehr die Partei der politischen Alternative zum Status quo, will nicht mehr Oppositionspartei sein. Aber eine parlamentarische Demokratie ohne Opposition

als mögliche Alternative zum Regierungsblock ist zum Untergang verurteilt. Wird das Bonner Grundgesetz an diesem Widerspruch sterben, wie einst die Weimarer Verfassung nicht zuletzt durch die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber Brüning zugrunde gegangen ist, die dem Scheine nach der NSDAP das Monopol der Opposition gegen Brünings Politik zuschob? Wird die SPD ihren neuen Weg nach 1945 so beenden, wie die Reichstagsfraktion der SPD unter Führung Paul Löbes am 17. Mai 1933 schon einmal den Weg der legalen Partei beendet hat — durch das Vertrauensvotum für einen Diktator, damals für Adolf Hitler, der zur Vorbereitung des nächsten Kreuzzuges gegen die russische Revolution die Arbeiterfunktionäre ihrer Partei in die Zuchthäuser und Konzentrationslager schickt? Oder werden die versprengten sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, die auf den jüngsten Jugendkongressen des DGB und der Industriegewerkschaft Metall sich so eindrucksvoll durchsetzen konnten, einen Weg finden, ein neues Zentrum sozialistischen und demokratischen Denkens zu schaffen, das dann auch die SPD zu einem Regenerationsprozeß zwingt? Daß nach dem Kölner Parteitag ohne die Hilfe eines solchen sozialistischen Zentrums der Entartungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie aufgehalten und die deutsche Demokratie — die stets nur durch die Arbeiterklasse verteidigt wurde — erhalten werden kann, ist unwahrscheinlich geworden.

Die Schule im Dorfe belassen?

Hans Meister

Ein Idyll und dessen Ideologisierung

Jenes Dorf hat zwar nur 150 Einwohner. Da es aber kein Kino, kein Wirtshaus und kaum einen Fernseher gibt, ist man gezwungen, früh schlafen zu gehen. Die Statistik zählt so eine recht beachtliche Zahl von 17 grundschulpflichtigen Kindern. (Es soll übrigens vorkommen, daß von 12 Kindern 6 des Lehrers sind. — Ein vortreffliches Beispiel von Existenzsicherung auf privater Basis.)

17 Kinder versammeln sich frühmorgens in einem zwar düsteren, aber gemütlichen und traditionsreichen, mit Anschauungsmitteln überladenen Raum, einer „echten Schulstube". Der leicht genial wirkende Schulmeister, hier zugleich Heimatforscher, Hilfspfarrer, Chorleiter und Gemeindevorsitzender, also „kulturelles Zentrum" des Dorfes, steht nun an dem langen Vormittag — unterbrochen von der nicht zu knappen Vesperpause — vor seinen Schülern, (wenn er nicht zu dringenden Verwaltungsgeschäften abgerufen ist, und ihn die beiden Schüler des 8. Schuljahres vertreten). Alle sind gewöhnt, still zu arbeiten und sich nicht von der Gruppe ablenken zu lassen, die gerade mit dem Lehrer zusammenarbeitet. Denn jeder Jahrgang hat in jeder Stunde die Chance, 5 (fünf) Minuten (45 Minuten verteilt auf 8 Jahrgänge) den Lehrer für sich zu haben. (Erhöhte Minutenzahl, wenn ein Jahrgang nicht besetzt!) In einer solchen ungegliederten Dorfschule — immer wieder gelobt, denn die Arbeit des Lehrers ist tatsächlich anstrengend und, wenn mit Eifer und Können verfolgt, rühmenswert — ist auch der Unterrichtsstil und das Klima viel einheitlicher und konstanter als in Klassen, die öfter den Lehrer wechseln. Hier hat der Lehrer möglicherweise 8 Jahre lang jedes Kind in jeder Stunde. (Wie eingefahren und schlicht der Unterricht dann in der Mehrzahl der Fälle aussieht, glaubt niemand, der es nicht selbst erlebte . . .)

Die Argumente, die für die wenig gegliederte Landschule (d. h. mehrere Jahrgänge werden in einer dorfeigenen Schule zusammengefaßt) genannt werden, sind immer wiederkehrend die gleichen. Schon die Tatsache ihrer Uniformität bis zum Wortlaut, und andererseits ihrer inhaltlich geringen Variationsbreite ist suspekt. Sie sind auf einen Hauptnenner zu bringen: „Bewahrung der behüteten dörflichen Welt".

Im einzelnen werden folgende Begründungen zur Rechtfertigung der weiterbestehenden Dorfschule gefunden:

1. Der Lehrer müsse als kulturelles Zentrum des Dorfes erhalten bleiben.

Der große Nutzen, den die Dorfbewohner aus ihrem Lehrer ziehen, liegt in dessen Befähigung, neben seiner Schul- und Familientätigkeit noch verschiedene andere Rollen übernehmen zu können:

Organist, Leiter des Gesangvereins, Landwirtschafts-, Erziehung-, Lebens- und Eheberater, Rechte Hand des Pfarrers, Gemeindevertreter, Leiter einer Laienspielgruppe, Parteivorsitzender, Bürgermeister, Ehrenmitglied des Schützenvereins, Leiter des Volksbildungswerkes, Hochzeitredner, Heimatforscher, Beerdigungsgast, Gemeindeschreiber.

Eine solche, die meisten Lehrer ungemein belastende Personalunion kann im Einzelfall recht fruchtbar für die Schule und dorfpolitisch machtbildend sein. Die Dorfkinder werden so auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit vorbereitet. (Vgl. Untersuchungen über autoritäre Neigungen der Lehrer.) Für den Großteil der Nachwuchslehrer ist aber eine solche Rollensummation uninteressant. Ihr Idealismus ist nur hin-

reichend stark, wenn er sich auf den unterrichtlichen und erzieherischen Bereich beschränken kann. Außerdem wird der wachsende Anteil der Studentinnen an den Pädagogischen Hochschulen die Folge haben, daß in den Städten demnächst nur noch Lehrerinnen zu finden sind, weil sich die Herren auf die Dörfer begeben mußten.

Ein Lehrerkollegium einer vollausgebauten Schule könnte die Kinder leichter zu der vielgerühmten Demokratie hinführen, als die patriarchalische Gestalt manches Dorfschulmeisters.

2. Der Charakter, die Eigentümlichkeit des Dorfes solle gegen allen Sog der Stadt und trotz dem Zeitalter der Automatisierung bewahrt werden.

Ein Schulrat schreibt, daß „die vielen Wiederholungen (= des Stoffes in den 8 Schuljahren) sich günstig auswirken und der Entseelungsprozeß auf dem Lande wohl tausendmal gefährlicher sei als die Wirkung der Atombombe. Er führe zu geistiger Erstarrung und schädige im letzten unser ganzes Volk ..."[1])

(Der gleiche Schulrat verstieg sich in einem öffentlichen Vortrag, die hohe Selbstmordrate Schwedens mit dessen voll ausgebautem Schulsystem in Beziehung zu bringen.)
3. Durch die Erhaltung der Schulen auf dem Dorfe solle die Stellung der Kirche auf dem Lande gefestigt werden. (Kein Kommentar)

4. Die Kinder könnten in einer Klasse, die alle Schuljahre vereint, besser erzogen und gebildet werden, als es in Jahrgangsklassen möglich sei. Die Bildung sei umfassender, lebensnäher. „Die Gefahr des Verbalismus, der Verflachung und

■ neue kritik abonnieren

Zersplitterung tritt bei der kleinen Schule kaum in Erscheinung. Mit einem Minimum an Stoff kann hier ein Maximum an Bildungseffekt erreicht werden."[2])

Dazu nur ein — mildes — Zitat Th. W. Adornos: „Eher sind die ländlichen Bezirke heute Brutstätten von Halbbildung."[3])

5. Die Kosten für Neubauten und den Transport seien von den Gemeinden nicht tragbar.

Die vollausgebaute Schule umfaßt Räume für 9 Klassen und eine Sonderklasse; dazu notwendige Nebenräume für Turnen, Werken, Naturlehre, Gruppenarbeit, Kochen, Handarbeit, Lehrer. Ein Teil der Kinder muß mit Schulbussen befördert werden. Nun sind aber meist kirchturmspolitische Aspekte und Konkurrenz- bzw. Konfessions-Prinzipien gegen einen Zusammenschluß einzelner Dörfer, der Kosten sparen und staatliche Zuschüsse erwirken würde.

6. Die Dorfschule könne einen Widerhalt gegen den Kommunismus bilden, indem sie das Gegenstück zur sozialistischen Einheitsschule vorlebe.

Am leichtesten macht es sich diese politisierende und diffamierende Argumentation — und der Kampf um die dörflichen Mittelpunktschulen wurde hier oft mit kurioser Unsachlichkeit geführt — mit dem Hinweis auf die DDR, in der nach einer rigorosen Anordnung 1957 nur noch 23 von 4114 einklassigen Schulen im Jahre 1945 übrig waren, d. h. mehr als 1000 „Zentralschulen" errichtet wurden.

7. Eine Reform des ländlichen Schulwesens sei nur von innen her möglich.

Die meisten Reformen der Schularbeit wurden in der Landschule zuerst durchgeführt, ja sind in ihr aus der Not heraus entstanden. Es stimmt aber nicht — und es ließe sich in extenso belegen — daß die „äußeren" Bedingungen für den Unterrichts- und Erziehungsprozeß sekundär sind.

8. Der Schulweg zum Nachbardorf sei den jüngeren Kindern zumindest nicht zumutbar, und eine Beförderung in Schulbussen oder öffentlichen Verkehrmitteln zu gefährlich.

Auch hier das Stichwort „Bewahrung", obwohl nur $^1/_5$ der entlassenen Schüler auf dem Lande bleiben!

9. In der wenig gegliederten Landschule sei ein der Erziehung günstiges Bildungsgefälle vorhanden.
Das heißt, — um ganz praktisch zu antworten —, daß 1 bis 3 Kinder jeder Klasse vom Lehrer „geschnitten" werden (müssen), die es in einer Sonderschule zu völlig lebens- und berufstüchtigen Erwachsenen bringen würden. Hier im Dorfe aber verbittern und versauern sie und bilden den traditionellen Nachwuchs an Dorftrotteln. Weiter: ein Teil der Kinder kann dem Unterricht folgen und im Laufe der 8 Jahre den Stoff wortgetreu und unvergeßlich beherrschen, nachdem er ihn 4- bis 8mal mithörte. Ferner heißt das, daß ein oft nicht geringer Prozentsatz mit „höherer Begabung" sich 8 Jahre lang langweilt und so die „ländliche Begabungsreserve" verkümmert.

Zusammenfassend ließe sich formulieren: Sollen sie doch in jedem Land eine einklassige Schule als Museum erhalten, aber nicht für 750 000 Kinder (= 1- bis 2klassige Schulen) in Deutschland Reservate, in denen man diesen Kindern Vorbereitungen und Lebenshilfen gibt, die sie für frühere Jahrhunderte vorbereiten.

Eine Idee...

Ausgangspunkt ist der bekannte, auf breiter Basis beschriebene und gedeutete „Strukturwandel des Dorfes". Ein Reizwort, das sofort andere Schlagworte assozi-

iert: „Steigerung des Lebensstandardes", „Sog der Stadt", „Reizüberflutung durch Massenmedien", „Pendlerproblem", „Umstellung der bäuerlichen Wirtschaftsform", „Flüchtlingszuwanderung", „Konfessionsmischung", „Umorganisation der Arbeit und Produktion", „Industrialisierung des Dorfes", „Verstädterungsprozeß", „schichten-unspezifischer Gesellschaftsaufbau des Dorfes".

Eine genaue Analyse der ländlichen Verhältnisse zeigt die dringende Notwendigkeit einer Neugestaltung des ländlichen Schulwesens, das heißt „Abbau der Landschule als Sofortmaßnahme" und Einrichtung von durchgegliederten Schulen in Form von Dörfergemeinschaftsschulen.

(Mittelpunktschulen, Zentralschulen, Bezirksschulen, Schwerpunktschulen sind ähnlich, aber Kompromißlösungen)

Für eine Dörfergemeinschaftsschule schließen sich mehrere Dörfer zu einem Schulverband zusammen, geben ihre eigenen kleinen Schulen auf und errichten für alle 9 Klassen eine Schule mit allen erforderlichen Einrichtungen an einem günstig gelegenen Ort eine Schule, die allen pädagogischen, psychologischen und soziologischen Anforderungen der Kinder und der Gesellschaft gewachsen ist.

Folgende Tatsachen sprechen für solche Schulen, die keine Kopie von Stadtschulen sein müssen:

1. Es ist Unsinn, 6- bis 14Jährige im gleichen Raum und zur gleichen Zeit zu unterrichten, denn jede Entwicklungsstufe des Kindes braucht ein spezifisches Erziehungs- und Unterrichtsklima und differenzierende Methoden.

2. Nur etwa 20 % der Volksschüler bleiben auf dem Lande und nur 1,7 % gehen ein landwirtschaftliches Lehr- oder Anlernverhältnis ein.[4]) Die Erziehung zur heimatlichen Scholle

■ neue kritik abonnieren

in der dorfeigenen Schule trifft also ähnlich ins Leere wie der „grüne Plan".

3. Die sogenannten Begabungsreserven auf dem Lande werden endlich genutzt, indem mehr Kinder die weiterführenden Schulen — oft schon der Dörfergemeinschaftsschule angeschlossen — besuchen können. Zur Beleuchtung der heutigen Situation nur zwei Zahlen über den Anteil der Volksschulkinder, die weiterführende Schulen besuchen:
Kreis Wolfshagen: 5 %, Stadt Marburg: 55 %.

4. In der voll gegliederten Schule ist ein objektiverer Leistungsvergleich möglich. Das Niveau der Einklässler lag oft auf 'einsamer Höhe' (oder Tiefe).

5. Die Bildungschancen, die doch für alle Kinder gleich sein sollen, werden für viele Landkinder erstmalig gegeben.

6. Die Ausstattung an notwendigen Lehrmitteln und Fachräumen ist durch die Finanzkraft mehrerer Gemeinden realisierbar.

7. Geistig behinderte, entwicklungsretardierte, sprach-, seh-, hörgestörte und erziehungsschwierige, d. h. 4 bis 10% aller Kinder können Sonderklassen besuchen und zum ersten Male die für sie so wichtigen Erfolgserlebnisse haben, statt in der letzten Bank während der 8 Schuljahre vollends zu verkümmern.

8. In Jahrgangsklassen sind differenziertere Unterrichtsmethoden anwendbar (z. B. Kurse, Gruppen, Sprachunterricht).

9. Ein Lehrerkollegium kann zusammenarbeiten und Schwächen, sowie Erkrankungen einzelner Lehrkräfte ausgleichen. Es gibt sehr viele Kinder, die seit Jahren keinen ordnungsgemäßen Unterricht haben, weil der Lehrer erkrankt oder verstorben ist; andere erlebten in ihren 8 Schuljahren keine einzige Werk- oder Turnstunde usw.

10. Der Transport der Kinder zu den ländlichen Gemeinschaftsschulen ist durchführbar. Gute Straßen, öffentliche Verkehrsmittel und staatliche Zuschüsse sind meist vorhanden. Ein kleiner Fußweg ist zumutbar.

11. Auch die Finanzierung der Neubauten ist gut möglich. Eine 8klassige Dörfergemeinschaftsschule ist bedeutend billiger als Neubauten von 8 einklassigen Schulen in verschiedenen Gemeinden.

12. Die Nachwuchssorgen vermindern sich, denn eine Dörfergemeinschaftsschule ist weniger abschreckend für junge Lehrerinnen.

13. Die vorbildliche Lösung der ländlichen Schulreform in anderen europäischen Ländern stellt gute Erfahrungen (z. B. Schweden).

So die Argumente. Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

...und deren Realisierung

Hessen — wie in jüngster Zeit auch Schleswig-Holstein — plant und errichtet Mittelpunktschulen. Von 1950 bis 1960 wurden 53 neue Schulverbände in Hessen gegründet; 1962 befinden sich 39 solcher Schulen in Bau.[5]) Das sind aber im Vergleich zu den bestehenden Notlagen nur Zufälle. Kompromißlösungen sind oft auch die Mittelpunktschulen, die — gemäß Vorschlag des Rahmenplans — nur wenige Klassen etwa der Oberstufe zusammenfassen, im übrigen aber die

dorfeigene Schule erhalten. Kompromißlösungen sind natürlich leichter zu verwirklichen als konsequente Fortschritte. Immer wieder bremst vor allem der so gern angeführte „Wille der Eltern" durch seine offenbar manipulierte Einstellung für die dorfeigene, traditions- und konfessionsgerechte Schule.

Wie ist nun die Situation in unseren kulturellen Entwicklungsländern? Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der einklassigen Dorfschulen von 1950 bis 1958 (leider noch keine neueren Werte verfügbar).

Tabelle 2 zeigt, daß nur 14 % aller Schulen vollgegliedert sind und so am ehesten den Anforderungen genügen.

Tab. 1
Einklassige Volksschulen in den Flächenländern (ohne Saarland)[6]

Land	1950	1958	Anstieg um
Schleswig-Holstein	223	611	388 = 174 %
Bayern	1106	2091	985 = 89 %
Hessen	553	1023	470 = 85 %
Niedersachsen	890	1385	495 = 56 %
Baden-Württemberg[7])	789	1185	396 = 50 %
Nordrh.-Westfalen	727	938	211 = 29 %
Rheinland-Pfalz	1254	1336	82 = 7 %
zusammen	5542	8569	3027 = 55 %

Die dorfeigene Schule scheint also nicht nur erhalten, sondern auch gefördert zu werden. Welche Kräfte sind hier am Werk? Wie geht die Entwicklung weiter? Wie sieht es in den deutschen Ländern heute noch aus?

Tab. 2
Aufbau der Volksschulen in den Flächenländern Mai 1958[8])

Land	1- bis 7klassige Volksschulen	8- u. mehrklassige Volksschulen
Nordrhein-Westfalen	4924 = 78 %	1389 = 22 %
Saarland	458 = 79 %	124 = 21 %
Schleswig-Holstein	1426 = 85 %	257 = 15 %
Hessen	2337 = 86 %	392 = 14 %
Niedersachsen	4031 = 86 %	653 = 14 %
Baden-Württemberg	3541 = 87 %	558 = 13 %
Bayern	6356 = 90 %	687 = 10 %
Rheinland-Pfalz	2959 = 93 %	206 = 7 %
insgesamt	26032 = 86 %	4266 = 14 %

Der Rahmenplan zeitigte nur einen recht schwachen Niederschlag des Gedankens der Dörfergemeinschaftsschulen:

> „Auf dem Lande wird es sich oft anbieten, die Förderstufe, die Hauptschule und beim entsprechenden Bedürfnis auch die Realschule zu jenen vom Ausschuß bereits empfohlenen Schulsystemen zusammenzufassen, die mehreren Dörfern dienen."[9])

Weiter heißt es:

> „Selbstverständlich soll ‚die Schule beim Dorfe bleiben'. Aber nicht jede Dorfschule kann heute alle notwendigen Schulklassen umfassen, . . ."[10])

undsoweiter! Im Grunde soll wohl nichts geändert werden! Neu dagegen ist das hessische Schulverwaltungsgesetz vom 28. 6. 61, das zum ersten Male Mittelpunktschulen nennt:

> „Für die Schüler wenig gegliederter ländlicher Volksschulen sollen günstig gelegene Mittelpunktschulen geschaffen werden. Diese Maßnahme setzt voraus, daß der Besuch der Mittelpunktschule wegen der Kürze des Schulweges oder wegen der Verkehrsbedingungen zumutbar ist."[11])

Im gleichen Gesetz wird bestimmt, daß die entstehenden Beförderungskosten vom Land erstattet werden. Diese gesetzliche Grundlage für Hessen kann einen Aufschwung bedeuten, denn jetzt sind die finanziellen Interessen der Dörfer ‚gewahrt'. Außer den Fahrkosten finanziert das Land auch Neubauten bis zu 75 %.

Grundsätzliche Fragen solcher Reformen — und die Neugestaltung des ländlichen Schulwesens ist eine Reform — wurden hier bisher bewußt zurückgedrängt, obwohl sich etwa an einzelnen Erscheinungen soziologische Gesetzmäßigkeiten nachweisen lassen, so z. B. daß partielle Reformen innerhalb eines restaurativen Systems ins Gegenteil umschlagen und das bestehende verfestigen. Wenn auch Adorno schreibt: „Isolierte pädagogische Reformen allein, wie unumgänglich auch immer, helfen nicht."[12]) Soll hier die Betonung auf „unumgänglich" gelegt und von einer umfassenden Neugestaltung des ländlichen Schulwesens einiges erwartet werden.

In unseren brachliegenden Hinterländern wächst über die Hälfte der Kinder heran, die einmal nicht in der städtischen Konsumentengesellschaft einsumpfen, sondern bewußt Politik gestalten sollten.

[1]) A. Weisbrich: Zeitgemäße Landschule, Gelnhausen (Privatdruck), o. J.
[2]) a. a. O.
[3]) Th. W. Adorno: Theorie der Halbbildung in „Der Monat" 132, p 33.
[4]) Hessische Lehrerzeitung (Frankfurt) Nr. 10/1960 (vgl. auch die Jahrgänge 1959—1962).
[5]) a. a. O. 10/60.
[6]) berechnet nach „Statist. Jahrb. f. d. BRD" 1952 und 1960.
[7]) 1950 noch Baden, Baden-Württbg., Württembg.-Hohenzollern.
[8]) berechnet nach „Statist. Jahrb. f. d. BRD" 1960.
[9]) Empfehlungen und Gutachten des deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Folge 3, p 26.
[10]) dto. Folge 2, p 29.
[11]) Gesetz über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen und die Schulaufsicht §§ 5 und 22.
[12]) a. a. O. p 30.

Weltjugendfestspiele

Nach den Worten der Organisatoren der „VIII. Weltjugendfestspiele für Frieden und Freundschaft" trifft sich vom 28. Juli bis zum 6. August in Helsinki und anderen finnischen Städten die Jugend der Welt. Nach den Worten der deutschen Bundesregierung ist die Schau ein weiterer Versuch, „Jugendliche und Studenten in aller Welt für die imperialistischen Ziele der sowjetisch-kommunistischen Politik einzuspannen" (Bulletin der Bundesregierung v. 17. 2. 62). Sich einspannen zu lassen kostet jedes bundesdeutsche Opfer DM 235.-- plus Fahrt zum Sammelplatz der bundesdeutschen Delegation. Diese gibt es nämlich auch in diesem Jahr. Daß sie mit etwa 700 Personen um fast ein Drittel kleiner sein wird als noch vor drei Jahren in Wien, liegt an dem Beschluß des internationalen Festivalkomitees, die Zahl der europäischen Teilnehmer zugunsten der Teilnehmer aus Asien, Afrika und Lateinamerika einzuschränken. Das Interesse der jungen Staaten ist in der Tat seit Wien beträchtlich gewachsen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland aber läßt an ihrem Wissen keinen Zweifel: Einspanner und Eingespannte sind auch in Helsinki wieder unter sich.

Unter sich? Gewiß wird die in Helsinki versammelte Jugend in einer Reihe von Fragen einer Meinung sein. Warum auch nicht? Daß deshalb nur Kommunisten und solche, die es werden wollen, sich einander russische Bruderküsse auf die Wangen drücken, bleibt eine bloße Behauptung, die auch durch ihre stereotype Wiederholung der Realität kaum näher kommt.

Dennoch wäre die absolute Unabhängigkeit einer Delegation unseres Verbandes die wichtigste Vorbedingung für unsere Teilnahme gewesen. Zur Unabhängigkeit gehören finanzielle Mittel (die in diesem Fall eine beträchtliche Höhe erreicht hätten). Daß sie dem SDS fehlen, — wer wollte dies leugnen. Die finanzielle Unabhängigkeit hätte es sinnvoll erscheinen lassen, mit der Festivalleitung Bedingungen auszuhandeln, die einer SDS-Delegation innerhalb des Festivals genügend politische Resonanz ermöglicht hätten. Hierzu hätten gehört: trotz offizieller Zugehörigkeit zur westdeutschen Delegation das Recht auf einen eigenen Delegationsstatus; das Recht auf Abhalten eigener Pressekonferenzen; Vertretung in der Festival-Organisation; ein Hauptreferat des SDS in einem Studentenseminar; schließlich die Möglichkeit, in allen Studenten-Meetings, politischen Seminaren und ähnlichen Veranstaltungen zu Wort zu kommen.

Besonders im Hinblick auf die innenpolitischen Auswirkungen eines Urteils des Bundesgerichtshofes wäre die Gewährung dieser Bedingungen und damit unserer Unabhängigkeit notwendig gewesen. Dieses Urteil wurde vom 3. (politischen) Strafsenat des BGH am 19. Januar 1962 erlassen und bezeichnet „das ‚Festivalkomitee' der Bundesrepublik als Teil der verfassungsfeindlichen, verbotenen FDJ". Auch der Liberale Studentenbund (LSD) war sich dieser Situation bewußt und stellte gegenüber der Leitung des diesjährigen Festivals besondere Forderungen auf, zu denen vor allem das Recht auf einen eigenen Delegationsstatus gehörte. Dem LDS wurden diese und andere Forderungen nicht zugebilligt. Darauf beschloß der Bundesvorstand des LSD, von einer Teilnahme am Festival Abstand zu nehmen.

Nicht zu übersehen ist natürlich, daß die innerfinnische Situation eine andere ist als die in Wien. Die meisten finnischen Jugendverbände haben ihre Ablehnung des Festivals bekundet. So hat der nationale finnische Studentenverband für die ganzen Sommermonate 1962 alle studentischen Gebäude und Versammlungsräume in Helsinki aufgemietet und damit die Festivalleitung gezwungen, teilweise in andere finnische Städte bis 300 km Entfernung im Umkreis von Helsinki auszuweichen. Störaktionen — wie sie etwa in Wien mit großem Aufwand und wenig Erfolg auch von der Bundesregierung initiiert worden waren — sind in Helsinki nicht zu erwarten. Die finnische Regierung hat deutlich erklärt, sie hielte solche Störaktionen mit ihrer Neutralität für unvereinbar und werde sie in jedem Fall unterbinden. Ein gewichtiges Argument mehr, will uns scheinen, die Möglichkeiten der politischen Diskussion i n n e r h a l b des Festivals auszunutzen.

Wir bedauern, daß wir sie erneut — vor allem aus finanziellen Gründen — nicht nutzen können.

Manfred Liebel

Buchhinweise

Unter Verwendung bisher schwer zugänglichen Archivmaterials zeigt George W. F. H a l l g a r t e n die Verflechtung von Schwerindustrie, Reichswehr und politischer Rechten in seinem Buch „Hitler, Reichswehr und Industrie." (Europäische Verlagsanstalt, 2. Aufl. DM 7.80). — Eine kritische Analyse der Momente deutscher Wirklichkeit, die Hitler vorausgingen und überdauerten, unternimmt Harry P r o s s in zeitgeschichtlichen Essays, die unter dem Titel „Vor und nach Hitler — zur deutschen Sozialpathologie" zusammengefaßt sind. (Walter, DM 8,80).

„Hitler war kein Zufall" — ein Beitrag zur Soziologie der Nazibarbarei — erschien in der neuen Paperback-Reihe „Europäische Perspektiven". Josef H i n d e l s bemüht sich, der Dämonisierung der Naziherrschaft in der bürgerlichen Betrachtungsweise entgegenzuwirken. (DM 7,90). — Eine Dokumentation eigener Art über die NS-Zeit liegt mit dem Band „KZ-

Verbrechen vor deutschen Gerichten" vor, in dem die Anklageschriften und Urteilsbegründungen aus den Prozessen gegen Sommer (KZ Buchenwald), Sorge, Schubert (KZ Sachsenhausen) und Unkelbach (Ghetto in Czenstochau) publiziert werden.

Unter dem Titel „Die Frage der Todesstrafe" sind zwölf Stellungnahmen namhafter Juristen wie Maurach, E. Schmidt, Süsterhenn und P. Bockelmann, sowie anderer Fachwissenschaftler veröffentlicht. (Piper, DM 6,30.)

Das schon seit einiger Zeit angekündigte neue Buch von Hans Magnus Enzensberger: „Einzelheiten" ist jetzt im Suhrkamp-Verlag erschienen. Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen zu Fragen der Politik, Kultur und Literatur, die zum Teil in den letzten Jahren an verschiedenen Orten publiziert worden sind, zum Teil bisher unveröffentlicht waren. U. a. verdient eine Analyse der FAZ besonders hervorgehoben zu werden.

Isaac Deutschers berühmte Biographie Stalins liegt endlich wieder in deutscher Sprache vor. (Kohlhammer, DM 14,80, siehe auch die Beilage.)

Linkskatholik und Leninpreisträger Danilo Dolci behandelt in dem Bericht „Banditen in Paternico" die sizilianische Misere, die sich einem gesellschaftlichem System verdankt, das die Ursachen der Armut bis heute nicht zu beseitigen vermochte.

„Soziologische Texte" und „Politica" lauten die Namen zweier Reihen, in denen der Luchterhand-Verlag jedem sozialwissenschaftlich Interessiertem ungemein wichtiges Arbeitsmaterial in die Hand gibt. Um nur einiges zu nennen: G. Lukács, Literatursoziologie; J. Habermas u. a., Student und Politik; K. Lenk, Ideologie; J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit.

Diether Sterzel

Zeitschriftenhinweise

In Fortsetzung einer Diskussion in den „werkheften" (zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus), deren Anlaß die Methoden der SPD gegenüber dem SDS waren, setzen sich in Heft 6/62 (Juni) der „werkhefte" die Professoren Wolfgang Abendroth („Politischer Pragmatismus oder politische Theorie?") und Ossip K. Flechtheim („Staatsparteien und freie politische Gruppen") mit der Entwicklung der bundesdeutschen Parteien, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei, auseinander. Damit im Zusammenhang folgt in Heft 7/62 (Juli) der „werkhefte" ein Aufsatz von Thomas von der Vring („Von der Bürokratie zur Wissenschaft").

In Heft 3/62 (Mai-Juni) der „Neuen Gesellschaft" findet sich eine Aufsatzreihe, die sich mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik beschäftigt. Die Autoren sind Prof. Gerd Burkhardt („Wissenschaft und Politik"), Prof. Hans-Paul Bahrdt („Wissenschaft und Staat"), Brigitte Ganzow („Wissenschaftliche Experten in der parlamentarischen Demokratie") und Dieter Bielenstein („Wissenschaft und Wirtschaft"). Ein lesenswertes Buch zur gleichen Problematik (C. P. Snow, Politik hinter verschlossenen Türen. Wissen-

■ neue kritik abonnieren

schaft und Staatsführung. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1961, 75 S., kart. 5.80 DM) wird von Susanne Leonhard in Heft 6/62 (Juni) der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" besprochen.

„Vom ungerechten Schlaf unserer Linken" handelt ein Beitrag von Gerhard Zwerenz in Heft 6/62 der „werkhefte". Eine politische Streitschrift „Wider die deutschen Tabus" ist ebenfalls von Gerhard Zwerenz jüngst als Taschenbuch im Paul List-Verlag, München, herausgekommen. — „SPD und Wiederaufrüstung" ist das Thema einer Dokumentation, die Kurt Hirsch in Heft 6/62 (Juni) der „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichte. Im gleichen Heft der „Blätter" findet sich ein Brief des polnischen Außenministers Adam Rapacki „Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa".

In Heft 165 des „Monat" (Juni 62) macht Gerhard Zwerenz den verdienstvollen Vorschlag: „Ein Orden fürs Morden". Er nimmt mit dem Vorschlag erneut Bezug auf die Beschönigung der Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im amtlichen „Bulletin" der deutschen Bundesregierung. Die junge Zeitschrift „pläne" veröffentlichte in ihrem Maiheft einige sehr lesenswerte Briefe von Rosa Luxemburg.

Ein sozialpsychologischer Aufsatz von Prof. Alexander Mitscherlich im „Monat" 165 (Juni 62) hat die „Revision der Vorurteile" zum Thema. Prof. Mitscherlich gehört dem Vorstand der im vergangenen Jahr von Gerhard Szczesny gegründeten „Humanistischen Union" an, auf deren jetzt neu erschienene kulturpolitische Korrespondenz „Vorgänge" (Redaktion: München 9, Vollmarstr. 10) wir nicht ohne Grund hinweisen möchten: „Es wird die Hauptaufgabe der Korrespondenz sein, ... detaillierte und zuverlässige Informationen über jene Vorgänge zu liefern, die für die freiheitliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik förderlich oder hinderlich sind." In Heft 6/62 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" berichtet Richard Schwertfeger über eine Unter-

suchung des Warschauer Soziologieprofessors Stanislaw Ossowski , deren endgültige Resultate im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden (erste Ergebnisse erschienen bereits in polnischen Zeitschriften). Prof. Ossowski befragte eine repräsentative Auswahl von Studenten der Universität Warschau unter anderem über ihre Einstellung zur Religion, zum Sozialismus, zu den bürgerlichen Freiheiten und schließlich ihr Urteil über die Periode von 1945 bis 1955 sowie ihre Berufs- und Lebenserwartungen. — Von der „Meinungsfreiheit in Polen" handelt ein Aufsatz von Wanda Bronska-Pampuch im „Monat" 163 (April 62).

„Zum Gesellschaftsbild des Films der Bundesrepublik" äußert sich Theodor Kotulla kritisch in Heft 6/62 (Juni) der „Frankfurter Hefte". Das bemerkenswerte Büchlein von Joe Hembus: „Der deutsche Film kann gar nicht besser sein" (Carl Schünemann-Verlag, Bremen 1961, 168 S., Paperback 9.80 DM) hatte Martin Ripkens bereits in Heft 5/62 (Mai) der gleichen Zeitschrift besprochen („Polemische Elegie"). Im selben Heft (5/62) findet sich die Aufzeichnung eines partiell aufschlußreichen „Werkstattgespräches" zwischen dem Kritiker Horst Bieneck und dem Schriftsteller Uwe Johnson. Im Aprilheft (163) des „Monat" ist zudem eine ernstzunehmende „Notiz über Uwe Johnsons Methode" abgedruckt, die der sonst selten sachliche Günter Zehm verfaßte.

M. L.

Redaktionelle Mitteilungen

Wir weisen unsere Leser auf beiliegenden Prospekt des Kohlhammer-Verlages, Stuttgart hin.

Die nächste Ausgabe der „neuen kritik" erscheint wegen der Semesterferien im November 1962.

Zur Delegiertenkonferenz des SDS und zur Herbsttagung der SFG wird eine hektographierte Sondernummer erscheinen, die wir unseren Abonnenten zusenden werden.

Das Argument
Berliner Hefte für Politik und Kultur

Herausgegeben von
Wolfgang F. Haug und Christof Müller-Wirth

Nr. 22 (Juli/August 1962):

Emanzipation der Frau (I)
Zur Problematik von Sexualität und Herrschaft

Aus dem Inhalt:

Antworten auf eine Umfrage zur Emanzipation der Frau.
Ernst Bloch: Kamf ums neue Weib.
Uwe Damm: Die Frau an der Universität.
Renate Dörner: Zum Frauenbild der Illustrierten.
Thomas Metscher: Zum Strukturwandel von Autorität und Familie.
Urs Müller-Plantenberg: Zur Geschichte der Lage der Frauen in Deutschland.

Karl Korsch: Was ist Sozialisierung?
Ein Programm des praktischen Sozialismus

„Eine durch ungewöhnliche Klarheit ausgezeichnete Schrift, die die sozialistische Konzeption des gesellschaftlichen Eigentums mit der 'syndikalistischen' Idee der Leitung der Betriebe durch die Belegschaften verbindet und diesem Zweck gemäße Rechtsformen entwickelt."

Erich Gerlach in
„Sozialistische Politik"

Für Leser der neuen kritik neu erschienen im

Verlag neue kritik
Frankfurt am Main
Ginnheimer Landstraße 40

Preis: DM 1,50 zuzügl. DM –,15 Porto
Bezug bei Vorauszahlung. Pschkto: 55191 Ffm.